

# Der Deutsche Metallarbeiter

## Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 M. Anzeigenpreis die 6 Spalten. Colonzelle für Arbeitsgehalte 75 Pfg. Geschäfts- und Privatanzeigen 1 M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen, Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Alleinige Inseraten-Annahme „Echo vom Niederrhein“, Duisburg.

### Feierstunden

Wir alle wissen ja, wie sehr uns das moderne Wirtschaftsleben, der Kampf ums Dasein in der Gegenwart gefangen nimmt. Das ist ein Sorgen und Schaffen, ein Rämpfen und Mühen von der frühen Morgenstunde bis zum späten Abend hinaus. Wie wenig können wir uns Ruhe und Rast gönnen. Und schlägt auch uns einmal die Stunde der Erholung, dann ist es die Familie, die uns in Anspruch nimmt, dann sind es die Freunde, diese und jene Versammlungen, denen wir unsere Zeit opfern. Das sind gewiß alles Pflichten, die erfüllt werden müssen. Aber wir dürfen uns auch keineswegs an die Außenwelt verlieren, keineswegs ganz in der Sorge um das tägliche Brot oder im Verkehr mit unserer Familie, unseren Freunden oder Kollegen, in der Anteilnahme an den Fragen des öffentlichen Lebens aufgehen.

Von Zeit zu Zeit müssen wir uns Stunden zu ersparen suchen, Feierstunden, in denen die Außenwelt gleichsam für uns erstarren soll und wir nur noch ein Zwiegespräch mit unserer Seele halten. In dem lauten Getriebe des Alltags überhören wir so leicht die Stimme in unserer Brust. Erst wenn wir uns einmal ganz von allem losgelöst, in die Einsamkeit uns geflüchtet haben, wird ein leises Flüstern uns durchdringen, das uns fast wie fremd berührt, und in dem wir erstaunt die Stimme unseres eigenen Ichs erkennen.

Ein einsamer Spaziergang, ein Ständchen in der Dämmerung ganz allein für uns verträumt sind solche Feierstunden, die uns das Tor zu unserem eigenen Innern öffnen. Dann müssen wir einmal gespannt hinaufsehen, was unsere Seele uns über uns selbst zu sagen hat, wohin das Streben und Sehnen des besseren Teiles unseres Ichs geht, und was noch leer und unbefriedigt in uns ist. Fern von allem Lärm und Hasten der Welt werden solche Feierstunden uns wieder unsere letzten und höchsten Ziele lebendig vor Augen stellen, die in dem Treiben des Alltags so leicht unserem Gesichtskreis entschwimmen.

### Kritische Betrachtungen zum Versicherungswesen

Das Versicherungswesen ist nicht erst eine Erscheinung und Schöpfung des 19. Jahrhunderts. Bereits die alten weltbeherrschenden Völker, die Griechen und Römer hatten Ansätze dazu in den Sedarlehen, die bei den sesshaften Völkern des Mittelalters, den Italienern, den Hanseaten und später bei den Engländern und Holländern ausgebildet wurden. An die Seeverversicherung schloß sich besonders in Deutschland die Lebensversicherung, deren Spuren wir bis in das 14. Jahrhundert zu verfolgen vermögen, sowie die Feuer-, Vieh- und Hagelversicherung, von denen sich erstere besonders über das Gebiet der deutschen Hanse erstreckten. Auch die Versicherungen der Zünfte und Gesellenverbände des Mittelalters, welche Unterstützung bei Ablegen des Meisterstückes oder bei der Wanderung vorsahen, gehören hierhin. Jedoch waren alle diese Einrichtungen noch unvollkommen, da die Institution der Versicherung ein sehr entwickeltes wirtschaftliches Leben und großen Bargeldverkehr zur Voraussetzung hatte. Erst im 19. Jahrhundert, als das gesamte Wirtschaftsleben Europas einen ungeahnten Aufschwung nahm, kam auch das Versicherungswesen zur vollsten Entfaltung. Der Arbeiterstand, der den meisten und größten Gefahren ausgesetzt war, der täglich unter Verhältnissen leben mußte, die seiner Gesundheit direkt schädlich waren, hatte schon früh das Bedürfnis, durch Versicherungen sich gegen die Gefahren seines Berufes zu schützen und gründete in richtiger Erkenntnis dessen die freien Hilfskassen. Dann aber verlangten die Arbeiter energisch und mit Recht, daß der Staat ein Versicherungswesen für den ganzen Stand einrichte. Diese Forderung war ebenso notwendig als berechtigt, wenn der Arbeiterstand nicht auf die Dauer einem vollständigen Ruin entgegengeführt werden sollte. Aus diesem Gesichtspunkte heraus führte der Staat die gesetzliche Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung ein und suchte eine Witwen- und Waiserversicherung der Durchführung näher zu bringen.

Diese staatlichen Versicherungen waren notwendig im Interesse des Arbeiterstandes und wenn sich in einigen Punkten der Versicherung noch Schwächen zeigen, so ist auf einen Ausbau dieser Einrichtung hinzuwirken. Um das Leben eines Menschen zu erhalten, oder zu verlängern, kann nie genug getan werden. Mit Recht dürfen wir aber darauf stolz sein, daß wir in unserer Reichsversicherungsordnung Gesetze geschaffen haben, um die uns alle anderen Völker beneiden.

Trotz dieser Versicherungen herrscht im deutschen Volke eine große Lust, weitere Versicherungen mit privaten Gesellschaften abzuschließen und dieses Bestreben hat sich auch schon auf einen Teil unserer Arbeiterschaft übertragen. An und für sich wäre nicht viel dagegen einzuwenden, wenn nicht die Gefahr bestände und schon wirklich besteht, daß der Bogen überspannt wird und daß die Versicherung schließlich noch das einzige Sinnen und Trachten des Arbeiters wird und er für größere Aufgaben Ziel und Augenmaß verliert. Zudem soll sich der Arbeiter wohl überlegen, wem er seine Ersparnisse anvertraut. Die meisten privaten Versicherungen haben zwar die gleiche menschenfreundliche Devise auf ihre Fahne geschrieben wie der Staat, jedoch ist ihre Tendenz eine durchaus andere. Die privaten Lebens- und Volksversicherungen sind in erster Linie als Geldkäse gedacht, die für ihre Aktionäre gewinnbringend arbeiten müssen. Die Dividenden bei diesen Versicherungsgesellschaften sind denn auch enorm hoch. Sie betragen z. B. bei der Viktoria 75 Prozent; Friedrich Wilhelm 38 Prozent; bayerische Versicherungsgesellschaft 32 Prozent. Der Direktor der „Viktoria“ erzählt ein Schregehalt von 120 000

Mark samt 2 Prozent vom Jahresgewinn; letzterer betrug im Jahre 1910 34 Millionen Mark. Demnach stellte sich das Gesamteinkommen des Direktors in demselben Jahre auf 805 733 Mark und stieg bis zum Jahre 1912 auf 847 731 Mark. Hinzukommen noch die großen Summen, die der Vorstand und Aufsichtsrat erhält. Im Jahre 1911 wurden an den Vorstand der „Viktoria“ 694 000 Mark und an den Aufsichtsrat 150 000 Mark gezahlt. Bei der „Friedrich Wilhelm“ betrug die Dividende 1911 38 Prozent des eingezahlten Aktienkapitals. Der dortige Vorstand bekam 114 686 Mark und der Aufsichtsrat 95 000 Mark an Anteilen. Daraus allein ergibt sich schon, daß die Verwaltungskosten bei den privatkapitalistischen Versicherungsgesellschaften außerordentlich hoch sind. Sie betragen durchweg 30 Prozent der jährlichen Prämieinnahmen, welche in den letzten Jahren die Höhe von 80 Millionen Mark erreichten. Hiervon wurden durchschnittlich 24 Millionen für Verwaltungskosten aufgewendet. Also etwa ein Drittel der gesamten Einnahmen wurden an Gehältern und Nebenausgaben angewandt. Wieviel Gelder müssen eingetrieben, wieviel Polizien neu ausgestellt werden, bis allein diese Summe herauskommt. Und das Geld, die fast fürstlichen Gehälter und die Anteile müssen zum großen Teil durch Arbeitergroßchen aufgebracht werden. Die Beitragszahler selbst erhalten nach Ablauf der festgesetzten Frist kaum den ganzen Betrag ihres eingezahlten Geldes zurück, von einer Verzinsung kann gar keine Rede sein. Trotz der großen Agitation würden diese Versicherungsgesellschaften nicht auf ihre Kosten kommen, wenn nicht in den Aufnahmebedingungen ein Passus sich befände, der von den meisten Zahlern wohl übersehen wird, nämlich von dem Verfall der Polizien, d. h. Zahlern, die ihre Beiträge entweder aus Unwissenheit oder Unvermögen nicht in einem bestimmten Zeitraum an die Gesellschaft abgeliefert haben, scheiden dadurch aus und ihre gezahlten Beiträge fallen an die Gesellschaft. Der Versicherungsgesellschaft werden also die teuer ersparten Großchen einfach geschenkt und der Beitragszahler kann sie durch keine Klage beim Gericht wiedererhalten. Der Paragraph vom Verfall der Polizien steht schwarz auf weiß da. Freilich oft versteckt zwischen allerhand Nebensächlichkeiten, die man zu lesen nicht der Mühe wert gehalten hat. Der Agent weiß nur immer auf das Ziel hin, wenn die Zahler einst ihr Geld wiedererhalten, von den Klauseln wird er kaum sprechen. Ungeheure Summen Geldes sind auf diese Weise dem arbeitenden Volke entzogen worden und werden ihm täglich noch entzogen. Nach den Angaben, die von Elm machte, sind allein bei der „Viktoria“ in den letzten 8 Jahren rund acht Millionen Mark von eingezahlten Prämien verloren gegangen, also pro Jahr eine Million Mark. Für die Gesellschaft bedeutet das eine Reingewinnsteigerung von derselben Summe und genügt, um das Gehalt des Direktors zu decken. Nicht weniger als 614 953 Personen ließen ihre Versicherungen verfallen. Bei der „Friedrich Wilhelm“ betragen die verfallenen Volksversicherungen in den ersten drei Jahren sogar 75 Prozent.

Diese großen Zahlen geben doch zu denken. Aus Leidenschaft haben die fast 700 000 Menschen bei der „Viktoria“ ihre Polizien nicht verfallen lassen. Denn keiner zahlt sein Geld, um es zu verlieren und der Gesellschaft zu spenden. Nein, die Zahler mußten ihre Polizien verfallen lassen, weil sie nicht mehr in der Lage waren, die Gelder weiter zu bezahlen. Das ist ein ernstes Fingerzeig für die Arbeiter, die darauf drängen, sich bei einer privaten Gesellschaft zu versichern. Ungeheure Arbeit und Mühe klebt an diesen Großchen, die verfallen mußten und mit denen die Gesellschaft jetzt das Gehalt des Direktors erhöht und fettere Dividenden an die Aktionäre austeilt. Dafür sollen also die Leute gespart haben? Dafür sollen die Arbeiter ihr teuer verdientes Geld in Polizien angelegt haben? Es sage keiner: „Ich kann immer meine Beiträge zahlen.“ Genau so sprachen auch die nach Millionen zählenden Leute, die ihre Polizien verfallen lassen mußten, weil sie nicht mehr zahlen konnten. Auch du kommst in schlechte Zeiten hinein, wo du mit Mühe von einem Tag an den andern kommst und kein Geld mehr übrig hast für die Versicherung. Dann verfallen deine Polizien, dein erspartes Geld ist hin. Die Versicherung aber hat aus deinen Beiträgen billigen Reingewinn. Statt zur Versicherung bringe lieber dein Geld zur Sparkasse, dort trägt es dir Zinsen und du kannst es nach Bedarf abheben. Dort leisten dir hundert Mark größere Dienste, als tausend Mark in Polizien, die du jeden Tag verlieren kannst, sobald du nicht mehr in der Lage bist, weiter zu zahlen.

Deshalb warnen wir ernstlich und eindringlich unsere Kollegen vor dem Abschließen aller möglichen Versicherungen, die ihnen durchaus nicht zum Nutzen sind, weil sie die unsicherste Geldanlage für den Arbeiter bedeuten. Wenn sich aber nun doch ein Arbeiter nach reiflicher erster Überlegung und weil ihm die Mittel es erlauben, einer Versicherung anschließen will, so kann für ihn nur die Deutsche Volksversicherungsgesellschaft in Frage kommen. Diese Volksversicherung hat es sich zum Zweck gesetzt, kleinen Leuten eine billige und doch sichere und gute Versicherung zu sein. Ihre Zusammenstellung und ihr Vertragsverhältnis zu den christlichen Gewerkschaften kann dafür bürgen, daß sich bei ihr nicht die ungeheuren Schattenseiten und Mängel der übrigen privaten Versicherungsgesellschaften zeigen. Für einen christlichen Arbeiter, der sich aufnehmen lassen will in eine Versicherung, gibt es nur die obengenannte Volksversicherungsgesellschaft. Den Agenten irgend einer anderen Versicherung, wie „Viktoria“, „Wilhelmina“ etc., weist sofort die Lüge. Was die Generalanzeiger in der Presse sind, das bedeuten diese Gesellschaften unter den Versicherungen. Daß ein christlicher Arbeiter kein Mitglied der sozialdemokratischen „Volksfürsorge“ sein darf, ist selbstverständlich. Vor allem: laßt euch in kein Gespräch mit den Agenten dieser Versicherungen ein. Habt ihr ihnen auch nur den kleinen Finger gereicht, gleich haben sie die ganze Hand er-

griffen und lassen sie nicht mehr. Die Ueberredungskünste dieser Agenten sind so groß, daß ihr ihnen auf die Dauer gar nicht standhalten könnt. Da heißt es auch: Widerstehe im Anfang. Diese Agenten dürfen in eure Wohnung nicht eintreten. An der Tür weist sie ab.

Norm und Regel muß es für den christlichen Arbeiter sein, sich in keine andere Versicherung aufnehmen zu lassen, als in die Volksversicherungsgesellschaft. Aber auch da soll die Sache nicht Hals über Kopf geschehen. Wer sich in die Versicherung aufnehmen lassen will, der möge sich diese wichtige Angelegenheit dreimal überlegen, ob er auch imstande sein wird, allen Forderungen genau nachzukommen. Dann soll er aber auch nachdenken, ob er bei einer Versicherung auch alle Verpflichtungen gegen seinen Stand und seine Standesvertretung stets treu erfüllen kann. Das A und O, Anfang und Ende des Denkens eines Arbeiters muß es sein, durch die Organisation sich einzuordnen zu besseren Daseinsbedingungen, Eingliederung zu finden in den großen Gesellschaftskörper. Das ist das wichtigste, aber auch lohnendste Schaffen für den Arbeiter. Alles andere kommt erst an zweiter oder dritter Stelle. Das bedenke stets, handle darnach, für dich und deinen Stand ist es besser.

### Das Taylorsystem

war das Thema eines Vortrages, den Herr Gewerbetreuer Mahringer in einer Versammlung unseres Verbandes in Schw. Gmünd behandelte.

Der Besuch verschiedener Werke in Schramberg, Stuttgart, Pforzheim, Offenbach, Solingen, Sierloh und einiger anderer in Westfalen hat, so führte der Redner aus, mir die Ueberzeugung gebracht, daß in den größeren Betrieben dem Taylorsystem oder der wissenschaftl. Betriebsführung immer mehr nähergetreten wird. Vor zwei Jahren habe man ihm die Frage vorgelegt, weshalb die auswärtige Ware, obwohl vollwertig, zu einem billigeren Preis verkauft werden könne wie die heimische? Diese Frage habe in ihm den Entschluß reifen lassen zu forschen, welcher Einfluß der Betriebsführung bei Gestaltung des Arbeitsprozesses zukomme. Auf die eigentliche Frage eingehend, führte er dann aus:

Als neuestes Kind der Fabrikationsbedingungen ist die sogenannte wissenschaftliche Betriebsführung anzuführen, nach dem Verfasser des ersten Buches darüber einem Amerikaner namens Taylor, auch Taylorforschung genannt. In den letzten 25 Jahren reifte allmählich das Erkenntnis, daß das Kapital, die Maschine und die Einrichtung es nicht allein machen, daß ein sehr wesentlicher Faktor die menschlichen Hilfskräfte darstellen. Zu der Forderung nach arbeitssparenden Maschinen und Werkzeugen kam die arbeitssparende Leitung. Der Amerikaner Doeg, welcher darüber auf dem deutschen Ingenieurtag referierte, brachte folgende Definition von dem System: „Es ist nicht ein Lohnzahlungsverfahren, oder eine Sondervorschrift für Buchführung (auch nicht die Anwendung von Schnellbrechstahl). Es ist weiter nichts als eine ehrliche, verständige Bemühung, die unbedingte Ueberzicht in jeder Abteilung zu gewinnen, widerspruchsfolle Tatsachen an die Stelle von Ansichten setzen, das Zusammenarbeiten auf den höchsten Grad der Vollendung zu bringen.“

Völlig durchgeföhrt ist das System in Deutschland wohl noch nirgends, aber das Streben, ähnliches allmählich anzunehmen, läßt sich in allen größeren Betrieben erkennen. Nach der neuesten Auflage von „Wallach“ sind benannt Forstg-Berlin, Löwe-Berlin, ein Betrieb in Mannheim, der besonders Reparaturen herstellt und Bosch in Stuttgart.

Um die Grundzüge des Systems besser zu erklären, ist ein Beispiel wohl am Platze. Dasselbe ist der amerikanischen Industrie entnommen. Ein Beispiel, bei dem, wie in der hiesigen Industrie Qualitätsware in Frage kommt, nämlich das Auslesen der polierten Stahlkugeln für Kugellager. Von den über 20 Arbeitsverrichtungen zur Herstellung der Kugeln sei die wichtigste Tätigkeit des Auslesens. Die 120 oder mehr Mädchen waren alleingefessen, sehr geschickt und täglich im Zeitlohn 10 1/2 Stunden beschäftigt. Die Fehler der Kugeln waren so gering, daß sie einem geübten Auge völlig entgingen. Die Arbeit erforderte somit große Aufmerksamkeit und Konzentration und die Nervenanspannung war deshalb recht beträchtlich. Eine unauffällige Untersuchung ergab, daß die Arbeitsperiode zu lang war, denn ein erheblicher Teil der Zeit verging mit Nichtstun, mit gelegentlichem Ausruhen. Und diese Zeit kostet Lohn und Unkosten.

Nun die Reform: 1. Der von der Direktion gemachte Vorschlag, die Arbeitszeit bei gleichem Lohn auf 10 Stunden herabzusetzen, wurde von den Mädchen abgelehnt. 2. Einige Monate später wurde die Arbeitszeit auf 10, dann auf 9 1/2, auf 9 und schließlich auf 8 1/2 Stunden herabgesetzt. Der Lohn blieb derselbe. Die tägliche Produktion stieg, statt zu fallen.

3. Beim Kugelauslesen ist nötig, daß der Arbeiterin eine mit den Fingern gefühlte Unregelmäßigkeit schnell zum Bewußtsein kommt. Die physiologischen Institute stellen Versuche an, um den persönlichen Koeffizienten verschiedener Menschen zu bestimmen, d. h. die Zeit, welche vergeht zwischen dem Stellen einer Aufgabe und dem Erfassen derselben. Hier wurden Buchstaben in die Sehnhäute gebracht, und das Erkennen der Buchstaben durch eine elektrische Klingel markiert. Dieser Versuch zeigte, daß der Koeffizient der Menschen ein sehr verschiedener ist. Je kürzer desto besser. Beim Kugelauslesen kommt es auf diese Momente an. Darum wurden Arbeiterinnen mit ungünstigen Koeffizienten zu andern Arbeiten genommen, und für Kugelauslesen nur solche mit günstigen eingestellt. Es war dies ein rein wissenschaftliches Verfahren.

4. Nun kamen energische Vorkehrungen gegen eine Verschlechterung der Qualität, denn die kann leiden unter dem

Bestreben, die Menge zu steigern. Es gab mehr Ausschüßföhrende. Von den 4 zuverlässigsten unter den Prüferinnen wurden täglich Nachproben gemacht. Von Zeit zu Zeit gab man diesen 4 Prüferinnen besonders hergerichtete Proben, um auch die Nachkontrolle zu prüfen. Eine Generalinspektorin hatte die Nachprüfung für diese vier Oberflächlichkeiten verschwanden nach Einführung dieser Kontrolle.

5. Es wurden genaue tägliche Rapporte über die Qualität und Quantität der von jeder Arbeiterin geleisteten Arbeit eingeföhrt.

6. Durch Lohnzulagen glich man die Mehrleistungen einzelner aus.

7. Zeitmessung. Genaue Zeitstudien mit Hilfe einer Stoppuhr und Ausschüßföhren der gesunden Resultate ermöglichten, zu bestimmen, wie schnell die Arbeit ausgeföhrt werden kann.

8. Bei dieser Arbeit war es nicht nötig, die Handgriffe und Werkzeuge auszuprobieren und auszugestalten, wie es sonst sein müßte.

9. Trotz der kürzeren Arbeitszeit pflegten die Mädchen nach anderthalb Stunden unausgeföhrt Arbeit *en repos* zu machen. Deshalb wurde nach je fünfviertel Stunden eine Pause von 10 Minuten eingeföhrt. Die Mädchen konnten in dieser Freiheit spazieren gehen, plaudern usw. Aber während der Arbeit hieß es streng aufpassen. Auch das Sprechen war verboten. (Also ganz wie im Zuchthaus. Red.)

10. Als so günstige Resultate geschaffen waren, wurde der Schritt unternommen, der den Arbeiterinnen höhere Löhne brachte, und dem Arbeitgeber die höchste erreichbare Qualität und Quantität. Bis dahin war das Bestreben, trotz kürzerer Arbeitszeit den Lohn nicht zu schmälern. Nun kam eine besondere Art Lohnsteigerung. Das Differenziallohnsystem. Der Verdienst stieg mit dem Höherwerden der Qualität und Quantität.

11. Von Zeit zu Zeit, anfangs stündlich, wurden die Mädchen in ihrer Leistung kontrolliert, und jedem Mädchen, das man auf falschem Arbeitswege glaubte, ein Meister zugestellt, der sie unterstüßte. Besonders Gewicht wurde dabei darauf gelegt, die Mädchen gut, ja freundlich zu behandeln.

12. Das Endresultat aller Änderungen war, daß 35 Mädchen die gleiche Arbeit lieferten, wie vormals die 120. Dabei war die Genauigkeit größer als bei dem früheren Verhältnis. Trotz der Sonderausgaben, die das größere Büro, die Arbeitsleiter, die Zeitstudien, die Oberinspektorinnen und die höheren Löhne mit sich brachten, waren die Kosten für Prüfen der Kugeln geringer geworden. Und das Einkommen zwischen Leitung und Angestellten war das beste. (?) Die Vorteile auf Seiten der Mädchen waren: Sie verdienen 80-100 Proz. mehr als vorher. Die Arbeitszeit war auf 8 1/2 Stunden herabgesetzt; Urlaub zwei Tage mit Lohnzahlung; jederzeit hilfsbereite Lehrer in den Meister.

Die wichtigsten Momente der sogenannten wissenschaftlichen Betriebsföhung

Der Grundgedanke ist einfach der, wirtschaftlicher zu produzieren. Im allgemeinen setzte sich der Verkaufspreis zusammen:

Table with 2 columns: Materialien, Arbeiten, Unkosten, Gewinn. The second column is labeled 'auf. Ausführungskosten'.

Materialien und Unkosten steigen, auch die Löhne. Mit dem Verkaufspreis können wir nicht hinauf. Dafür Sorge schon die liebe Konkurrenz. Das Geschäft wird unlohnender, der Gewinn geht zurück, verschwindet, ja das Geschäft kann aufhören müssen. Die Preise der Materialien herabzusetzen, liegt kaum in unserer Hand, oder nur in geringem Maße. Ebenso ist es mit diesen Unkosten, z. B. Steuern, Reisen, Versicherungen, Heizung, Beleuchtung usw.

Uns interessiert vor allem die Frage einer Reduzierung der direkten Arbeitskosten. Das ist das Hauptziel der wissenschaftlichen Betriebsföhung - nach Dooge auch die Arbeitsparende. Bei der Arbeitsausföhung sind zwei beteiligt. Das Geschäft mit seiner Einrichtung und zweitens der Arbeiter. Wenn aber irgendwas zwei tätig sind, und eine Mehrleistung verlangt werden muß, wird man nur willige und dadurch sichere Mithilfe erwarten, wenn auch beide von der Mehrleistung einen Vorteil haben. Das liegt nun einmal im menschlichen Egoismus und entspricht auch der Gerechtigkeit. Und damit ist zu rechnen.

Ein typisches Ziel, wenn auch nicht so scharf ausgesprochen, hat die herkömmliche Betriebsföhung. Sie sucht durch Anreiz eines höheren Zeit- oder Stücklohnes eine Höchstleistung des Arbeitenden zu erzwingen, und wenn dies erreicht ist, hochzuhalten. Damit ist die Annahme verknüpft, daß bei genügender Anreiz der geschulte Arbeiter selbst mit jetaer Erfahrung befähigt und bereit sei, die beste Arbeitsweise und damit die höchste zu erzielende Leistung zu finden. Als Beispiel sei angenommen: Der Metallarbeiter oder Dreher würde, so wurde bis jetzt geschloffen, ihre Höchstleistung erzielen und erreichen, wenn sie ein höherer Lohn zeige, denn der höhere Lohn treibe sie dazu an und das von ihnen Geleistete befähige sie, den Weg dazu, die Arbeitsweise, die Art der Ausföhung, selbst zu finden. In diesem Punkt liegt nun die Kritik der Neuerer ein. Sie nahmen wohl die Wirkung eines höheren Lohnes an, aber mochten durch besondere Ergo., das Präzedenz- und Differenziallohnsystem den Anreiz noch wirksamer. Für die Arbeitsausföhung wurde ein völlig neuer Weg beschritten.

Einige zu Querschnitten erweist ein Gefälle sein Arbeitsstück selbst und führte es aus. Die Fabrik hat schon längst die entsprechende Arbeit von der ausföhrenden getrennt, oder diese mehr oder weniger zerlegt. Nun soll die Arbeitsstellung noch mehr ausgebeutet bis zur wirtschaftlichen Kapazität der Arbeitseinheiten, und teilweise mit noch Handgriffe ausgeföhrt werden. Dann soll von jeder dieser Arbeitseinheiten das rein Mechanische festgestellt und von den Arbeitenden abgetrennt werden. Die Anstellungsarbeit wird zentralisiert, und durch die am besten befähigten Leute besorgt. Z. B. ist das Drehen bis jetzt ganz dem Arbeiter überlassen worden. Man werden zwei Teile gemacht. Wie die Dreharbeit am besten zu machen ist, das auszuprobieren und auszuprobieren ist unterstühende Arbeit. Die wird dem Arbeiter abgenommen und hierzu befähigten Leuten übergeben. Der Arbeiter führt es nur genau mechanisch nach der Anweisung aus.

Wie sieht man die Betriebsföhung diese Leitgedanken in die Praxis umzusetzen? Zum ersten wird die Arbeitsstellung bis zur wirtschaftlich besten Grenze festgelegt. Wo die Belastung liegt, läßt sich nur schwer sagen, das ist auszuprobieren und auszuprobieren. Daß sie aber nicht erreicht sei, wenn der Arbeiter z. B. das Drehen noch ausföhren müßte, dürfte kaum einem Zweifel unterliegen. In der Praxis ist z. B. das Zu- und Abtragen der Werkzeuge und Werkzeug-

stücke gesondert. In einem Geschäft wurde das Zu- und Abtragen der Schußstücke spezialisiert mit Gebrauch von Briefkästen, die zu bestimmten Zeiten geleert wurden, dadurch wurden fünf Diener gespart. Huttenlocher-Clingen ist in diesem Punkt sehr weit gegangen.

Taylor ist der Ansicht, durch eine solche Arbeitsteilung würde die Kontrolle fast überflüssig, im Gegenteil die Arbeiter würden die Betriebsleitung gleichsam kontrollieren.

a. Der nächste Schritt ist dann, die jedem Arbeiter zugewiesene Arbeitseinheit in ihre Nebenteile, die Arbeitselemente zu zerlegen. Die Handgriffe für jedes Arbeitselement werden festgestellt, ähnlich z. B. wie beim Militär das Schießen eingeübt ist. Eine Drehbankarbeit wird in etwas über 70 Elemente oder einzelne Operationen zerlegt. Für diese Elemente wird ein fünfaches bestimmt. Durch Messungen mit der Stoppuhr (eine Uhr, welche durch einen Druck die Zeit auf einen Papierstreifen ausschlägt) wird genau geprüft, in welcher Zeitdauer jede Bewegung kürzestens ausgeföhrt zu werden vermag. Um genau zu sein, müssen sie auf einer großen Zahl von Beobachtungen durchgeführt, und dabei Nebenumstände berücksichtigt werden. Durch Addition läßt sich dann die Gesamtdauer der Arbeit feststellen und zwar viel sicherer, behaupten die Amerikaner, als wenn man einen Arbeiter fragt: „Wann können sie frühestens mit der Arbeit fertig sein?“ Taylor gibt zu dieser so ermittelten Arbeitszeit eine gewisse Dreingabe.

b. Diese Zeitstudien werden fortgesetzt und untersucht, welche Arbeitselemente überflüssig sind, welche vereinfacht werden können? Ein wichtiges Moment. Die Ausschaltung überflüssiger oder hemmender Bewegungen bewirkt Zeitersparnis und Kraftgewinn. Ein amerikanischer Ingenieur behauptete, in den meisten Betrieben bleibe die Arbeitsleistung um 80-100 Prozent von der Höchst- und 40-50 Prozent hinter der möglichen Mittelleistung zurück, weil zu viele überflüssige Bewegungen eingeschaltet sind, die auch Kraft erfordern.

c. Hiermit geht Hand in Hand die Untersuchung nach dem zweckmäßigsten Werkzeugen und Maschinen für das vorhandene Material. Diese Fabriken haben eigene mechanische Werkstätten, oder doch Leute, die stets auf Neuerungen sinnen. Taylor erfindet die Schnelldrehschleife, sogar den Maurechammer und den Mittelkegel änderte er erfolgverheißend ab.

d. Neben den Zeitstudien gehen Beobachtungen über die besonderen Eignungen und Fähigkeiten der Arbeiter. Ein hervorragender Betriebsleiter behauptet, mir kommt es weniger darauf an, was die Leute gelernt, als was sie ausgesprochene Fähigkeiten haben. Taylor läßt sich die Auswahl solcher Arbeitskräfte große Summen kosten. Menschenkenntnis ist für einen Betriebsleiter etwas unerföhliches.

Zu den Zeitstudien gehören Untersuchungen über wirtschaftlich beste Dauer der Arbeitszeit und über Wirkung von Freizeiten. Beim Verladen von Eisenbarren hat sich experimentell gezeigt, daß der Arbeiter nur zu etwa 1/4 der Zeit belastet sein darf. Ähnliches ergab sich bei den Kugelausleferinnen. Im allgemeinen sind mehrere und kürzere Pausen zweckdienlicher als längere. (Fortsetzung folgt.)

Warum gibt es keine christlichen Unternehmerverbände?

Wie uns von verschiedenen Seiten berichtet wird, gehen sozialdemokratische Agitatoren wieder einmal mit dem Neutralitätsmännchen krebzen. Die jüngeren Metallarbeiter suchen sie zu ködern mit den alten Märgen, warum es denn eigentlich christliche Gewerkschaften gebe, es gebe doch auch keine christlichen Schraubstöcke und keine christlichen Unternehmerverbände. Sehr treffend ist den Genossen erwidert worden, daß die Sozialdemokratie die Zerspaltung in die Arbeitererschaft hineingetragen habe, diese sei es gewesen, die die Arbeiterbewegung für ihre politischen Zwecke mißbraucht.

Im übrigen aber mögen unsere Kollegen den Genossen folgenden Spiegel vor die Nase halten, den die Ortskarte des bergischen Landes den Genossen einmal stüßten, als letztere mit den gleichen Märgen krebzen gingen.

Warum gibt es keine christlichen Unternehmerverbände?

- 1. Die arbeitstüchtigen Unternehmer sind nicht so grenzenlos dumm wie die arbeitstüchtigen Arbeiter, daß sie andersdenkende von sich abstoßen und ein Zusammengehen in Interessenfragen unmöglich machen.
2. Auch die Unternehmerzeitungen sind nicht so haarsträubend dumm, daß sie Artikel gegen die christliche Religion abdrucken. Diese Unmännlichkeit begehen aber die Fachzeitungen der sozialdemokratischen Gewerkschaften.
3. Die Unternehmerverbände sind nicht so dumm, daß sie es als Interessensvertretung betrachten, christliche Klassengenossen von den Kopf zu stoßen. Diese Unmännlichkeit bringen nur sozialdemokratische Gewerkschaftssekretäre fertig.
4. Die Unternehmerverbände sind nicht so dumm, die Beiträge der Mitglieder einer bestimmten Partei bei den Wahlen zur Verfügung zu stellen. Diese Unmännlichkeit begehen aber die sozialdemokratischen sogenannten freien Gewerkschaften, indem sie die Mitgliederbeiträge zur Unterstüßung der sozialdemokratischen Partei mißbrauchen.
5. Die Unternehmerverbände sind nicht so dumm, ihre Mitglieder für eine bestimmte Partei erziehen zu wollen, vielmehr sind ihre Mitglieder konservativ, freikämig, national-liberal, Zentrumsanhänger etc., ohne daß sie irgendwie befehligt werden. Diese Unmännlichkeit begehen aber die sogenannten freien Gewerkschaften, indem sie jeden nicht sozialdemokratischen Arbeiter, wenn er nicht rot wird und wäpft, herauswerfen.
6. Die Unternehmerverbände sind nicht so dumm, „Weltfeiern“ zu veranstalten, an denen sie ihre Kollegen zwingen, zu „feiern“. Diese Unmännlichkeit begehen aber die sogenannten „Freien“, indem sie die Arbeitererschaft zwingen wollen, gegen ihren Willen, den ihren Interessen direkt entgegenwirkenden Weltfeiern zu feiern.
7. Die Unternehmerverbände sind nicht so dumm, bei der Ankündigung ihrer Sekretäre die Ingeborgität zu irgend einer Partei als Bedingung zu machen. Die freien Gewerkschaften verlangen von ihren Sekretären, daß sie Sozialdemokraten sind.
8. Die Unternehmerverbände sind nicht so dumm, daß sie von ihren Mitgliedern den Austritt aus der Kirche und den konfessionslosen Vereinen verlangen. Das aber tun die sozialdemokratischen Verbände.

10. Die Unternehmerverbände lassen jedem Mitgliede keine religiöse und politische Ueberzeugung. Die sozialdemokratischen Arbeiter bringen es nicht fertig, einzusehen, daß eine gleiche Neutralität auch für die Arbeiterorganisationen notwendig ist, und haben infolgedessen die Arbeitererschaft in sozialdemokratische, christliche und Hirsch-Dunckerse gespalten. Auch die gelbe Bewegung ist ein Kind der Sozialdemokratie. Ueberhaupt war die Tüchtigkeit der Sozialdemokratie von jeher arbeiterspaltend und arbeiterschädigend.

Klapp und klar geht aus diesen Tatsachen hervor, daß die Sozialdemokraten Arbeiterzerspaltender sind. Deswegen gibt es christliche Gewerkschaften. Die Unternehmerorganisationen vermeiden alles, was die religiösen, nationalen und politischen Gefühle verletzen könnte. Deswegen gibt es keine christliche oder sozialdemokratische Unternehmerverbände, sondern Unternehmerverbände schlechthin. Für alle Arbeiter, die mit der zerspaltenden Tätigkeit der Sozialdemokraten nicht einverstanden sind, gibt es nur eins: Heraus aus den roten Gewerkschaften. hinein in die christliche Organisation.

Handelspolitik und Lebensmittelversorgung (Schluß)

Unsere neudeutsche Wirtschaftspolitik, die seit 1879 datiert, charakterisiert sich durch einen starken Schutz von Industrie und Landwirtschaft. Auf die Gründe dieses Schutzes brauchen wir hier nicht mehr einzugehen, es ist das bereits an anderer Stelle gesehen. Die Zollsätze für unsere wichtigsten Lebensmittel, vor allem für Getreide, erfuhren durch den neuen Zolltarif von 1902 eine weitere Erhöhung. Darnach beträgt der Roggenzoll 5 M. für 100 Kg., der Weizenzoll 5,30 M., der Gerstenzoll 4 M. und 1,30 Mark, je nachdem es sich um Malz- oder Futtergerste handelt; Hafer unterliegt einem Zoll von 5 M. und Mais einem solchen von 3 M. Wir sehen, die Zölle sind im Verhältnis zum Werte des Getreides keineswegs gering. Jeder Zoll und erst recht der auf unentbehrliche Lebensmittel bedeutet für den Konsumenten ein Opfer, denn der heimische Preis ist um annähernd den Zolfsatz höher als der Weltmarktpreis, der z. B. in dem Freihandelsland England gegeben ist. Der Zoll auf Getreide macht sich in Deutschland um so stärker bemerkbar, als unsere Landwirtschaft, deren Leistungsfähigkeit wir bereits in früheren Artikeln kennen gelernt haben, gar nicht mehr in der Lage ist, den heimischen Bedarf zu decken. Das gilt unbedingt für Weizen, Gerste (Futtergerste), Hafer und Mais. In der wichtigsten Brotfrucht Deutschlands - dem Weizen - sind wir also durchaus auf die Einfuhr vom Ausland - insbesondere Rußland, Argentinien, Vereinigten Staaten, Rumänien und Kanada - angewiesen. Die Gestaltung des auswärtigen Handels selbst - der Einfuhr und Ausfuhr - der wichtigsten Nahrungsmittel wird durch folgende Zahlen dargestellt, wobei die Mengen die Tonnenzahl und die Werte Mill. Mark darstellen.

Einfuhr.

Table with 5 columns: Jahr, Roggen Menge Wert, Weizen Menge Wert, Hafer Menge Wert, Kartoffeln Menge Wert. Rows show data from 1850 to 1912.

Ausfuhr.

Table with 5 columns: Jahr, Roggen Menge Wert, Weizen Menge Wert, Hafer Menge Wert, Kartoffeln Menge Wert. Rows show data from 1880 to 1912.

Im Jahre 1912 wurden also 2,1 Mill. T. Weizen eingeföhrt im Werte von 395,8 Mill. M., ausgeföhrt dagegen 322.000 T. im Werte von 63,4 Mill. M. Die Mehreinfuhr, das ist die Menge, die im Inland geblieben ist, beträgt also fast 2 Mill. T. im Werte von 332,4 Mill. M. Für unsere Einfuhr diese Menge muß also der deutsche Konsument den Zoll aufbringen. Ein ganz anderes Bild ergibt sich, wenn wir das andere wichtige Brotgetreide, den Roggen, betrachten. Hier übersteigt seit 1908 die Ausfuhrmenge die Einfuhr - die deutsche Landwirtschaft baut also mehr Roggen, als der heimische Bedarf benötigt. Die Einfuhr betrug 1912 315.723 T. im Werte von 4,9 Mill. M., die Ausfuhr dagegen 797.316 T. im Werte von 125,4 Mill. M., die letztere also mehr als 481.593 T. im Werte von 81,5 Mill. M. Zunächst wird man sich nun fragen - es ist doch eigentlich ein Urding, daß unsere Landwirtschaft mehr Roggen produziert als nötig ist, statt daß sie ihr Land mit Weizen, den wir so dringend benötigen, anbauet. Daß unsere Landwirtschaft diese Produktionsrichtung nicht eingeschlagen hat, hat hauptsächlich zwei Ursachen. Der deutsche Weizen des Ostens, wo doch in erster Linie unsere großen Weizengebiete sind, kann von den Märgen allen nicht verwendet werden, sie müssen ausländische Frucht beiziehnen, weil der deutsche Weizen zu kleberarm ist, sein Mehl sich also nicht verbacken läßt. Dann aber hat das deutsche Einfuhrsystem viel zu dieser Entwicklung beigetragen. Dieses besteht darin, daß den Getreideausföhrenden ein Schein ausgehändigt wird - gleichgültig, ob es sich um einheimisches oder eingeföhrtetes Getreide handelt - der ihn berechtigt, die gleiche Menge zollfrei wieder einzuföhren. Der Schein ist auf den Wert ausgestellt, den der Zoll für die ausgeföhrtete Getreidemenge darstellt. Wenn also jemand 1000 Kg. Weizen ausföhrt, erhält er einen Einfuhrschein über 55 M. (d. i. der Zollbetrag bei der entsprechenden Einfuhr), mit dem er wieder die gleiche Menge einföhren kann. Das Einfuhrsystem hat nun die Wirkung gehabt, daß der Handel sich nach den besten wirtschaftlichen Gesichtspunkten ent-

wickeln konnte. Und diesem entspricht es viel mehr, wenn deutscher Roggen nach Rußland exportiert wird, mit den erhaltenen Einfuhrschneiben aber Weizen aus Argentinien usw. nach Deutschland eingeführt wird.

In früheren Ausführungen haben wir schon dargelegt, daß es der deutschen Landwirtschaft nahezu gelungen sei, den heimischen Fleischbedarf zu decken — und darauf geht ja auch die Politik hinaus.

Aus dem Ausgeführten ergibt sich: Wir, Konsument und Landwirtschaft, sind sowohl im Bezug der wichtigsten Nahrungsmittel, des Weizens, wie in dem der wichtigsten Futtermittel, Gerste und Mais von der Einfuhr des Auslandes abhängig.

Die Produktion der heimischen Landwirtschaft an Kartoffeln ist bei einer Erntemenge von 50,2 Mill. To. außerordentlich groß. Die Einfuhr in den Jahren 1911 und 1912 kann nicht als eine regelmäßige Erscheinung angesehen werden.

Die Einfuhr von Vieh und Fleisch ist, wie schon früher betont, besonders im Vergleich zur Eigenproduktion ganz unbedeutend. Rühre wurden 1912 85 721 Stück eingeführt im Werte von 23 640 Mill. M.

Die Alten und die Jungen

Es ist Jugendversammlung. Dichtgebrängt sitzen die Jungen und mit glühenden Wangen und leuchtenden Augen lauschen sie den begeisterten Worten des Redners.

Einige der Eifrigsten, die schon als Vertrauensleute im Dienste des Verbandes arbeiten, bleiben nach der Versammlung noch eine Weile zusammen und mit ihnen einige ältere Kollegen.

Es war gewiß nicht böse gemeint. Und doch legte es sich wie ein Druck auf die jungen Herzen. Welche Schwierigkeiten hatten doch auch sie schon bei ihrer Arbeit gefunden und wie freuten sie sich ob jeder noch so kleinen Anerkennung.

größeren Taten, als ihr sie im Dienst des Verbandes in seinen Sturmjahren geleistet. Danach soll euer Verhalten den Jungen gegenüber elender sein.

Doch auch euch Jungen gilt ein ernstes Wort. Bedenkt auch bei eurer Verbandsarbeit das Wort: 'Vor einem grauen Haupte sollst du aufstehen.'

Ein Freund, der mir den Spiegel zeigt, Den kleinsten Flecken nicht verschmähet, Mich freundlich warnt, mich herzlich schilt, Wenn ich nicht meine Pflicht erfülle:

Aus dem Chauffeurberuf

Im letzten Jahrzehnt hat die Automobilindustrie gewaltige Fortschritte gemacht. Während man vor zwanzig Jahren kaum ein Auto kannte, kann man sich heute den Verkehr ohne Kraftwagen schlechterdings nicht mehr vorstellen.

Nun ist aber der moderne Kraftwagen im Gegensatz zum alten von Pferden gezogenen Transportmittel eine sehr komplizierte Maschine. Sein Lenker, der Chauffeur, kann nicht so ohne weiteres wie der Kutsher oder Fuhrmann diesen Beruf ausüben.

Ursprünglich waren alle Chauffeure gelernte Mechaniker, Schlosser oder sonstige Metallarbeiter, die in Automobilfabriken ausgebildet und mit dem Mechanismus des Kraftwagens vertraut waren.

Nach vollendeter Ausbildung trauten die Leute von gut bezahlten Stellen, die sehr selten einer bekam. Denn es gibt in Deutschland eine sehr große Zahl arbeitsloser Chauffeure.

Die Arbeitslosigkeit unter den Chauffeuren ist daher sehr groß; am meisten haben wiederum die ungelernen Leute darunter zu leiden. Viele von ihnen haben die Ausbildungskosten buchstäblich zum Fenster hinausgeworfen.

Der Hammer

Von Th. Wolff, Friedenau.

Vf die Steinzeit folgt in der technischen und Kulturentwicklung der Menschheit die Metallzeit, jene Epoche, in welcher der Mensch die Gewinnung der Metalle aus den Erzen und die Verarbeitung der Metalle lernte.

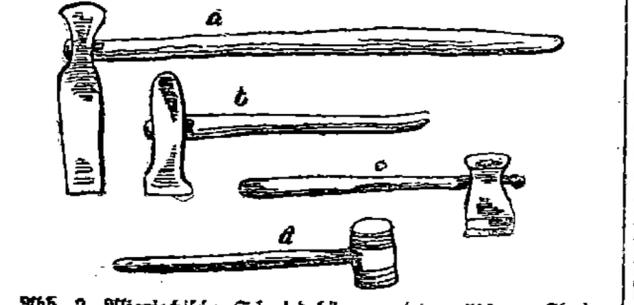


Abb. 2. Altgriechische Schmiedehämmer (etwa 500 v. Chr.)

Abbildung 2 zeigt antike Hämmer für schwere Arbeit, zum Teil als Schmiedehämmer, jedoch auch für andere Zwecke verwendet, wie sie bei Griechen und Römern üblich waren.

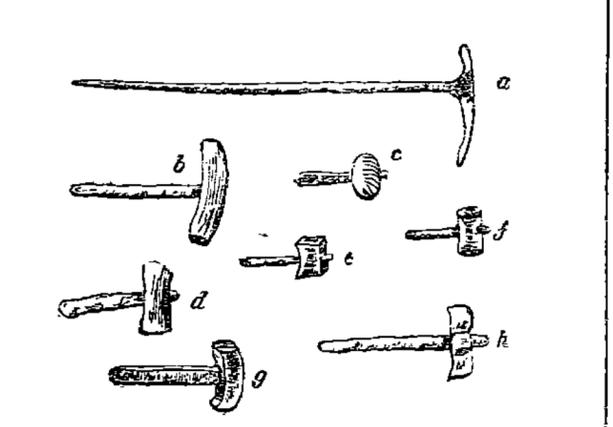


Abb. 3. Antike Hämmer für verschiedene Gewerbe.

Arbeitung, namentlich Tischler- und Zimmererhämmer. Der Hammer a) ist ein eigenartig geformtes Werkzeug und ähnelt mehr einer Spitzhacke als einem Hammer.

aus Eisen, sondern aus hartem Holz besteht, wie aus dem Arbeitszweck dieses Hammers und der Eigenart des Materials, das er zu bearbeiten hat, entspricht.



Abb. 4. Holzarbeiter mit Spitzhackenhammer (etwa 500 v. Chr.)

für größere und Schmiedehämmer lieferte. Abbildung 4 zeigt uns einen Hammer für die Zwecke der Holzbearbeitung. Wir sehen hier einen Arbeiter mit jenem eigenartig geformten, langstieligen, spitzhackenähnlichen Hammer ein Brett bearbeiten.

(Fortsetzung folgt.)

wird dabei meistens - von einigen Ausnahmen natürlich abgesehen - versagen. Was betont werden muß, ist folgendes: Der Chauffeur hat seinen Beruf weniger als Fuhrmann, wie als Maschinist und Mechaniker aufzufassen, der im nötigen Falle auch Reparaturen sachmännisch ausführen kann. Die übergroße Mehrzahl der Chauffeure sind daher auch aus den metallverarbeitenden Berufen hervorgegangen und kehren, falls es in dem neuen Berufe nicht klappt, zu ihrer früheren Tätigkeit zurück.

Aus all diesen Gründen gehört der Chauffeur in diejenige Organisation, die die metallverarbeitenden Berufe umfaßt und das ist der christliche Metallarbeiterverband. Eine Reihe Chauffeure haben sich demselben bereits angeschlossen.

Ziel bleibt aber noch zu tun übrig und sehr große Schwierigkeiten sind zu überwinden. Einerseits sind es die verschiedensten Chauffeurklubs, die die Gleichgültigkeit in den Kollegenkreisen hochhalten und dabei die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage ihrer Mitglieder außer Acht lassen und möglichst im Versicherungswesen ihr Heil suchen. Andererseits ist es schwierig, allen Ansprüchen des Berufes gerecht zu werden. Eine der wichtigsten Fragen ist die des Rechtsschutzes. Wollen wir den Chauffeur für unseren Verband gewinnen, dann muß möglich gemacht werden, daß Automobilunfälle, gleich viel welcher Art, denen ein Selbstverschulden des Chauffeurs nachweislich nicht zugrunde liegt, und die ein Prozeßverfahren vor dem Strafrichter zur Folge haben, als Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis anzusehen sind. In solchen Fällen würde den Chauffeuren in den meisten Fällen mit der Stellung eines Rechtsanwalts gebiet sein.

Natürlich ist solches ohne Gegenleistung der Kollegen nicht durchführbar. Wo auf der einen Seite erhöhte Leistungen verlangt werden, müssen auf der anderen Seite auch die Opfer größer sein. Das der Automobilverkehr sehr viele Gefahren mit sich bringt, ist bekannt. Vor einiger Zeit wurde im Reichstag bei einer Interpellation bekannt, daß im Jahre 1912 im Deutschen Reich 5948 Personen durch Automobile verunglückten. Der Materialschaden betrug 22 Millionen Mark. Wir sehen also, daß, wenn auch nur ein geringer Teil der Unfälle ein Gerichtsverfahren gegen den Chauffeur zur Folge gehabt hätte, unser Rechtsschutzkonto eine ganz erhebliche Belastung erfahren hätte. Auf der einen Seite wird aber durch diese Zahlen der Beweis erbracht, daß noch lange nicht jeder eine sich für den Chauffeurberuf eignet. Damit soll nicht gesagt werden, daß die Unfälle deshalb passiert sind, weil die Chauffeure ihre Pflicht in diesem oder jenem Punkte vernachlässigt hätten. Immerhin müssen wir aber betonen, daß Nüchternheit und Pflichttreue die ersten Bedingungen sind, die an jeden gestellt werden müssen, der in diesem Beruf übergehen will. Wir wünschen nur, daß recht viele Berufskollegen dem christlichen Metallarbeiterverband zugeführt werden. Wo eine genügende Anzahl Kollegen vorhanden ist, gehe man zur Gründung einer Branchengruppe über. Also vorwärts auf der ganzen Linie. Vielleicht lassen die Berufskollegen der verschiedenen Städte über das Angeführte einmal ihre Meinung im Verbandsorgan verlauten.

Im Auftrage mehrerer Chauffeure:  
G. E.

### Allgemeine Rundschau Die Sozialpolitik eine „gewinnbringende Kapitalanlage“

In der gegenwärtigen Zeit läuft die ganze Reaktion geschlossenen Sturms gegen die Fortführung der Sozialreform. Ihr Lamento begründet sie damit, daß die sozialpolitische Belastung die deutsche Industrie konkurrenzunfähig mache auf dem Weltmarkt; namentlich England muß als Schreckbild dienen; da kommt denn gerade im rechten Augenblick ein Buch heraus: Der demnächst erscheinende 6. Band der von Prof. Sieper mit Unterstützung des deutsch-englischen Verständigungskomitees herausgegebenen Monographienammlung: „Die Kultur des modernen England“ (Verlag R. Oldenbourg, München-Berlin). Dieser Band gibt eine zusammenfassende Darstellung der neueren sozialen Gesetzgebung Englands aus der Feder von Dr. H. A. Walker. Der eigentliche Schöpfer dieser Gesetzgebung - Schatzsekretär Lloyd George - hat dem Buche eine Einführung beigegeben, welche die „Frankfurter Zeitung“ (Nr. 85 vom 5. 4. 1914) abdruckt. Lloyd George schreibt darin u. a.:

„Die frühere britische Gesetzgebung, welche für die Wohlfahrt der arbeitenden Klassen geschaffen wurde, bestand in der Hauptsache aus einer Summe von Palliativmaßnahmen, Einige von diesen Maßnahmen erwiesen sich als wirksam für den augenblicklichen Zweck; von anderen läßt sich nur sagen, daß sie gut gemeint, aber hoffnungslos schlecht im Prinzip waren; aber alle - oder fast alle - waren unzulänglich aus dem einfachen Grunde, weil sie Palliativmittel waren und somit nichts....“

Die gegenwärtige Regierung hat sich bemüht - im Gegensatz zur palliativen - die präventive Methode der Sozialpolitik besonders zu betonen. Auf diese Weise ist unsere soziale Gesetzgebung in eine neue Richtung gelenkt worden, und diese Richtung wird zweifellos für diese Gesetzgebung auf eine lange Zeit hinaus bestimmend sein.

Nicht zu hoch veranschlagt, aber sicher auch nicht zu früh, beginnen wir jetzt gesunde kaufmännische Grundzüge auf das Leben und die Unternehmungen unserer Nation anzuwenden. Wir glauben dem kurzfristigen Kaufmann, der in seiner Eile, große, ungenutzte Summen zu zeigen, sein Geschäft zugrunde richtet, kann es mit Kapital hinreichend zu fundieren. Kein kaufmännisches Unternehmen, und wäre es noch so groß und sein Ruf noch so bedeutend, könnte demnach mit solchen Grundzügen erfolgreich weitergeführt werden. Einer der wichtigsten Zweige des nationalen Lebens, welchen man aus Mangel an Kapital nicht nur bei uns, sondern in allen Ländern hat vernachlässigen lassen, ist die Gesundheit und Kraft der arbeitenden Klassen. Wir haben jetzt mehr Kapital in diesen Zweig des nationalen Geschäftes - mit vollen Händen und voll Vertrauen, denn wir wissen, daß es mit der Zeit hohe Zinsen tragen wird, nicht nur durch den zunehmenden Wohlstand und die wachsende Zufriedenheit der Arbeiter, sondern auch durch größeren materiellen Gewinn für das ganze Volk.

Sie in Deutschland haben dasselbe getan durch Ihr eigenes Versicherungsgesetz, und die Tatsache, daß Sie den Bräutigamkreis dieses Gesetzes heuer ausstehen, ist ein Beweis dafür, daß sich Ihre frühere Kapitalanlage als gewinnbringend erwiesen hat. Ich habe oft Gelegenheiten gefunden, anzumerken, wie sehr nicht nur mein eigenes Heimatland, sondern die ganze zivilisierte Welt Deutschland zu Dank verpflichtet ist für den Wert, mit welchem es schon vor einer Generation ein damals neues und unbekanntes Berufsfeld betrat....“

### Die Gegner der christlichen Gewerkschaften

können immer noch nicht zur Ruhe kommen. Zur Rettung ihrer halbtoten Position fügen sie einen Schwindel an den andern. So brachte kürzlich ein Berliner Blatt eine angebliche Erklärung für kirchliche Behörden, die unterzeichnet sei: „für die christlichen Gewerkschaften. Stegerwald“.

Herr Eiz. Mumm, M. d. R., wandte sich brieflich um Aufklärung an Kollegen Stegerwald, dessen Antwort lautet nach dem „Reichsboten“ (79, 1914) folgendermaßen:

„Es diene Ihnen kurz zur Nachricht, daß für die christlichen Gewerkschaften keine Erklärungen, keine Vereinbarungen und keine Briefe existieren, die sie in grundsätzlichen oder organisatorischen Fragen verpflichten, von denen die breite Öffentlichkeit keine Kenntnis hätte. Die Annahme, als ob solche Dokumente vorhanden wären, kann zudem nur in Kreisen existieren, die die christliche Gewerkschaftsbewegung gar nicht kennen. Diese wird bekanntlich gebildet aus 26 Verbänden, die in dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften zusammengeschlossen sind. Die einzelnen Verbände werden repräsentiert durch ihre Vorstände, die aus je 7-12 Köpfen bestehen. Diese aus mehr als 200 Personen bestehenden Körperschaften würden sich an Abmachungen einzelner gar nicht kehren. Solche sind auch schon deshalb gar nicht möglich, weil von den 26 Verbänden, die den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften bilden, 11 Organisationen mit evangelischen Vorständen, bezw. Geschäftsführern besetzt sind. Das Schwerkgewicht der gewerkschaftlichen Arbeit liegt nicht bei dem Gesamtverband, sondern bei den einzelnen Verbänden. Es existiert unseres Wissens nicht ein einziger Verband, dessen Vorstand nicht auch evangelische Arbeiter angehört. Bei der ganzen Verfassung der christlichen Gewerkschaftsbewegung sind also geheime Abmachungen, von denen immer wieder einzelne Blätter zu berichten wissen, gar nicht möglich. Von diesem Brief können Sie jedweden, Ihnen geeignet erscheinenden Gebrauch machen.“

### Polizeiliches Verfügungsrecht der Gewerbeinspektoren

Der preussische Handelsminister hat den Gewerbeinspektoren die Befugnis erteilt, polizeiliche Verfügungen gegen solche Unternehmer zu erlassen, die ihren Anordnungen nicht nachkommen. Die Notwendigkeit dieser Anordnung ist vielfach bezweifelt worden; man befürchtete einen Dualismus in der Verwaltung unter den Behörden und betonte, daß es ein vollkommenes Novum sei, wenn den technischen Beamten polizeiliche Befugnisse erteilt würden.

Die Staatsregierung vertritt indes den Standpunkt, daß den Gewerbeaufsichtsbeamten nach Par. 139b der Gewerbeordnung diese Befugnisse bereits zustanden, daß sie ihnen aber durch besondere Bestimmungen in Preußen entzogen worden war, weil man seinerzeit nicht die Ueberzeugung hatte, daß die Gewerbeinspektoren diese Befugnisse ausüben könnten. Dieses ungewöhnliche Verfahren hat seinen Grund darin gehabt, daß damals das Institut der Gewerbeaufsichtsbeamten noch neu gewesen ist und sich erst eine Tradition habe schaffen müssen. Nun hat sich in der Praxis herausgestellt, daß die Gewerbeaufsichtsbeamten bei diesen polizeilichen Verfügungen sozusagen die Herausgeber gewesen sind; der Antrag ist von ihnen gestellt worden, und die Polizei, die schwierige technische Fragen nicht hat nachprüfen können, hat ihre Unterschrift gegeben. Es ist hierbei allerdings betont worden, daß die Polizei sich das Recht nicht hat nehmen lassen, die Verfügungen ihrerseits nachzuprüfen. Die Regierung ist der Meinung, daß das bisherige Verfahren einen unzweckmäßigen Umweg bedeutet. Man hat nun nach und nach Ausnahmen zugelassen, indem man z. B. vor einigen Jahren die Befugnis, Ausnahmen von der Sonntagsruhe zu bewilligen, den Polizeibehörden abgenommen und den Gewerbeaufsichtsbeamten übertragen hat, ferner die Bewilligung von Ueberstunden. Nachdem sich nun das Institut der Gewerbeaufsichtsbeamten eingelebt hat, ist die Anregung gekommen, diesen Umweg zu erproben und den Beamten die geschliche Befugnis wieder zu geben.

Auf eine vom Handelsminister und Minister des Innern gehaltenen Umfrage hat sich der größte Teil der Provinzialbehörden für die Befestigung der Befugnisabgabe ausgesprochen und demgemäß sind von den zuständigen Ressorts die Anordnungen ergangen.

### Laß dich nicht von Reizenden betören!

Es ist unglaublich, wie viel männliche und weibliche Reizende, Agenten und Hausierer heutzutage herumlaufen und ihren Mühen allenhand Sachen aufzuzwingen suchen. Ueberall sind sie zu finden vom Pariser bis zur Mansarde die nie man vor ihnen sicher, ja selbst ins kleinste Dorf dringen sie hinein. Allerhand Waren liefern sie gegen bar und auf Abzahlung wie: Süßer, Bilder, Photographien, Broschen, Korsetts, Wäsche, Margarine, Kaffee, Schokolade, Thee u. c.

Diese Reizenden und Hausierer sind sehr redigewandt und verstehen es, ihre Sachen in den schillerndsten Farben anzupreisen. Was mancher ist schon darauf hereingefallen, wirklich hereinzuverfallen. Laßt man sich z. B. zu einer Bestellung eines Bildes herbei, so wird man nach kurzer Zeit (meist mit Erfolg) erjucht, für das Bild einen leeren Rahmen, eine Brosche oder dergleichen zu bestellen - natürlich auf Abschlagszahlung. Hinterher sieht der Käufer meist ein, daß er angezogen worden ist: das Bild ist unähnlich, der Rahmen zu teuer u. dergl. Aber er kann nicht mehr loskommen, der farnote Bestellschein und das Zeugnis des Agenten binden ihn an den Kauf. Und wie es geht, wenn man allzu arg hineinverfallen worden ist und den Klagenweg beschreitet, hat ein biederer Landbewohner aus der Umgegend von M. Glabbach erfahren. Wie die „Westfälische Arbeiterzeitung“ schreibt, gab er nämlich dem Agenten seine christliche Zivilisten-Photographie mit und sah sich in dem späteren Bild als strammer Soldat wieder. Für eine derartige Entwicklung seiner Persönlichkeit hatte er kein Verstandnis, er klagte auf Erstattung des durch Nachnahme erhobenen Kaufpreises und sah auch zu seiner Freude den Gegner verurteilt. Aber das dicke Ende kam nach: bei dem „großen Berliner Kaufmannsverein“ fand der Gerichtsvollzieher nichts zu pflanzen, und als der Gläubiger den Geschäftsinhaber zum Offenbarungseid laden ließ, kam folgendes Schreiben:

„Ich möchte Ihnen mitteilen, daß Sie sich die Kosten des Offenbarungseides sparen können. Dasselbe habe ich schon einmal geleistet.“  
Der Schluß war also: die Photographie weg, 20 M. für Bild und Rahmen wegwerfen und noch 30 M. Anwalt- und Gerichtskosten bezahlen!  
Wegen die Feier und Feierlichkeiten ist dieses Vorkommen zur Lehre dienen lassen und allen Agenten und Agentinnen

in Bildern, Musikinstrumenten, Wäsche, Korsetts und was es sonst sein mag: ohne Diskussion die Tür weisen!

### Aus der Bergarbeiterbewegung

Die Wahrheitsliebe und Verdrehungskunst der sozialdemokratischen Presse zeigt sich wieder sehr drastisch bei ihren Erörterungen über die Entwicklung der Bergarbeiterorganisationen. Wie schon mitgeteilt wurde, hat der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter im vergangenen Jahre eine Mindereinnahme an Mitgliederbeiträgen von 14000 Mark gehabt, was in der Hauptsache auf den vorübergehenden Mitgliederverlust infolge der durchgeführten erheblichen Beitragserhöhung zurückzuführen ist. Der sozialdemokratische Bergarbeiterverband hat im Jahre 1913 allein im Ruhrgebiet einen Rückgang der Mitgliederbeiträge im Betrage von 260000 Mark zu verzeichnen. Angehts dieser Sachlage bringen es die sozialdemokratischen Blätter aber fertig, von einem gewaltigen „Krebsgang“ des christlichen Gewerksvereins und von den „Fortritten“ des sozialdemokratischen Verbandes zu fassen. Es ist unglaublich, was die sozialdemokratische Presse ihren geduldigen Lesern zu bieten wagt!

Vom Schöffengericht Lünen i. W. wurden am 20. März zwei Sozialdemokraten zu je 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Sie hatten im November v. J. zwei Mitglieder des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter meuchlings überfallen und in roher Weise mißhandelt. In der Urteilsbegründung wird gesagt, daß die Tat an Straßenraub grenze und daß das Publikum vor solchen Rohlingen geschützt werden müsse. Die Verurteilten sind das Opfer der jahrelangen sozialdemokratischen Verhöhnung, die nur Radikalismus und Fanatismus großziehen kann.

### Der Kampf ums Koalitionsrecht

Die Arbeiter der Reksfabrik „Holland“ in Kleve schlossen sich bereits im vergangenen Jahre dem christlichen Nahrungs- und Genussmittelarbeiterverbande an. Sofort setzte die Firma mit Maßregelungen ein. Um sich nun dauernd vor der Organisierung ihrer Arbeiter zu sichern, wurde ein Nachtrag zur Arbeitsordnung erlassen, nach dem die Arbeiter verpflichtet sind, der Firma sofort mitzuteilen, wenn sie der Organisation beitreten. Es erfolgt sodann sofortige Entlassung. Im Uebrigen ist die 14tägige Kündigungsfrist maßgebend. Trotz dieser Bestimmung in der Arbeitsordnung schlossen sich vor einigen Wochen die meisten dort beschäftigten Arbeiter wieder dem Verbands an. Abermals wurde mit Maßregelungen eingesezt. In wenigen Tagen wurden 25 Arbeiter entlassen. Daraufhin erklärten sich die übrigen organisierten Arbeiter solidarisch und beschloßen den Streik. Mehrfache Verhandlungen - auch vor dem als Einigungsamt zusammengetretenen Ober-Gewerbegericht - erwiesen sich als erfolglos. Die Firma glaubt, sie könne durch einen Boykott nicht erzwungen werden, weil sie hauptsächlich Reks und Biskuits herstellt, die von Arbeitern nur in geringerem Maße konsumiert würden. Wenn sich die Firma nur nicht gewaltig täuscht, vorläufig ist es gelungen, den Betrieb von vollwertigen Ersatzkräften freizuhalten, so daß der Streik für die Arbeiter gut steht.

### Sozialdemokraten als Arbeitgeber

Theorie und Praxis sind bei der Sozialdemokratie immer zwei Paar Stiefel gewesen und werden es höchstwahrscheinlich auch für alle Zukunft bleiben. Einen netten Beitrag zu diesem Kapitel machten wir in unserer Nr. 14 in welcher die Praktiken beim sozialdemokratischen Konsumverein in Krefeld gekennzeichnet wurden. Heute können wir mit einem weiteren Beitrag aufwarten. Zur Zeit tagt in Berlin eine Reichskonferenz des sozialdemokratischen Lagerhalterverbandes. Im „Vorwärts“ (Nr. 91, 1914) ist davon folgendes zu lesen:

„Der Vorsitzende gab nun der Konferenz davon Kenntnis, daß die „Produktion“ in Hamburg und die Konsumvereine in Lüneburg und Kiel den als Delegierten gewählten Kollegen mitgeteilt haben, daß sie für die Zeit ihrer Abwesenheit keine Bezahlung erhalten resp. auf ihre Kosten eine Ausschilfe stellen müssen. Die Konferenz nahm diese Mitteilung mit großer Entrüstung auf.“

Ja, ja, Theorie und Praxis sind zwei Paar Stiefel!

### Streiks und Lohnbewegungen

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluß ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzusenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zug fort.

#### Essen-Bergedorfer. Auf der Zinkhütte in Bergedorfer bestehen Differenzen.

Lobberich bei Krefeld. Bei der landwirtschaftlichen Maschinenfabrik Tillm. Schmeß, steigen die Arbeiter wegen Verteidigung des Koalitionsrechts im Kampf.

#### Mhlen (Westf.). Bei der Firma Röttering und Beckmann bestehen Differenzen.

Breslau. Auf der Waggonfabrik Linke-Hoffmann stehen die Arbeiter im Streik.

Krefeld. Bei sämtlichen Firmen der Vereinigung Krefelder Elektro-Installationsfirmen stehen die Monteure und Hilfsmonteure wegen Larisbruch der Arbeitgeber im Streik.

#### Söfingen. Die Waffenarbeiter sind ausgesperrt.

Saßpe. Bei der Firma Ackermann stehen die Former wegen Akkordabzügen im Streik.

#### Diersen. Die Arbeiter der Firma Anton Hamm stehen im Streik.

Freising. Bei der Firma Schüller stehen die Former im Streik.

#### Altenwelle bei Welle. Die Arbeiter der Wagenfedernfabrik Schomäcker u. Co. stehen im Streik.

Köln. Die Bauklemperner stehen im Streik.

#### Freiburg i. Br. Die Blechner stehen im Streik.

Zugung ist fernzuhalten.

### Aus Wirtschaft und Technik

#### Die Syndikalstrage in der Drahtindustrie

Der Walzdrahtverband - das einzige noch bestehende Kartell in der Drahtindustrie - läuft am 30. Juni d. J. ab, wenn es nicht bis zum 15. Mai erneuert ist. Zu dieser Frage wird nun der „Berliner Börsenzeitung“ aus Interessentenkreisen geschrieben: „Der unter der Firma „Deutsche Drahtwalzwerke“ bestehende Verband umfaßt die sämtlichen Werke Deutschlands, welche Koh-

draht herstellen, und hatte bis zum 30. Juni 1913 auch auf die Drahtverfeinerungsartikel dieser Werke insofern Einfluß, als diese kontingentiert waren. Die Beteiligungsziffern durften nur gegen Zahlung einer Abgabe von 20 Mark pro Tonne überschritten werden. Die Kontingentierung der Drahtverfeinerung hatte seinerzeit stattgefunden in der Absicht, auf Grund derselben mit den kleineren Fabrikanen von Drahtstiften, Stachelzanddrähten usw. verhandeln und sie dem Syndikat anschließen zu können. Für die Preise der Drahtverfeinerungen bestand auch eine Konvention, die einige Jahre recht gut funktionierte, dann aber ausgegeben werden mußte, weil die Unterbietungen sich zu stark mehrten. Nachdem es im vorigen Jahre trotz eifriger Arbeit nicht gelungen war, für das Syndikat der Drahtverfeinerer eine geeignete Unterlage zu finden, wurde der Walzdrahtverband mit Mühe und Not noch einmal, und zwar nur für Rohwalzdraht, unter Freilassung der Drahtverfeinerungen, um ein Jahr verlängert und zwar in der Hauptsache, um den Drahtverfeinerern Zeit zu lassen, noch einmal alles für ein Syndikat in diesen Fabrikanen zu verschaffen.

Der Walzdrahtverband an sich hat bezüglich der Herbeiführung von Arbeit immer ziemlich befriedigend bearbeitet; er ist auf diesem Wege vor keinem Geldopfer zurückgeschreckt, hat manche Drahtwerke durch Geldabfindungen außer Betrieb gesetzt und es auch fertiggebracht, überseeische Auslandsverträge auf längere Dauer zu tätigen. Auf diese Weise wurden die Beteiligungsziffern durchschnittlich erreicht, auf der anderen Seite aber auch sehr niedrige Verrechnungspreise den Werken vergütet. Der Artikel Walzdraht war deshalb in der letzten Aufwärtsbewegung im Montanergewerbe unter den V-Produkten weit aus der schlechtesten, wurde von den Werken aber trotzdem geschätzt, weil eine gewisse regelmäßige Beschäftigung der betreffenden Straßen sozusagen verbürgt war. Aus diesem Grunde und ferner aus dem Umstande, daß die vereinigten deutschen Werke das Auslandsgeschäft viel besser und wirtschaftlicher bearbeiten können, als die einzelnen Werke im Kampfe untereinander, besteht auch heute wohl einstimmig der Wille, den Walzdrahtverband, wenn eben möglich, nicht auseinanderzugeben zu lassen. Da eine Verlängerung aber ohne einen Anschluß der Drahtverfeinererwerke ganz unmöglich ist, so darf der Schritt, welchen die unter Führung der Röchlingschen Werke stehende Gruppe von 5 bis 6 reinen Drahtwalzwerken durch das Eingehen einer Interessengemeinschaft mit 30 bis 35 kleineren Rohwalzdraht-Beziehern abgeschlossen hat, sympathisch begrüßt werden.

Wie verlautet, beruht diese Interessengemeinschaft in der Hauptsache darauf, daß die 5 bis 6 großen Werke sich verpflichten, den kleineren Werken den Rohwalzdraht zu ungefährt 97 Mark franko Verbrauchsstelle zu liefern. Die Verfeinerung des Rohwalzdrahtes muß von den kleineren Werken zu den Selbstkosten ausgeführt werden, und der sich bei dem Verkauf der Drahtverfeinerungs-Produkte ergebene Gewinn soll dann zwischen den großen Werken und den kleineren Verfeinerern geteilt werden. Für den Verkauf der Drahtartikel soll eine gemeinschaftliche Verkaufsstelle eingerichtet und bei Feststellung der Verkaufspreise den großen Werken maßgebender Einfluß zugesichert sein.

Es bedarf keiner Frage, daß dieses Gebilde trotz aller Vorteile in der Ausführung sehr vielen Schwierigkeiten begegnen wird; denn schon allein der Umstand, daß die Selbstkosten der circa 30 bis 35 Verfeinerer und die inneren Verhältnisse derselben natürlich verschieden sein müssen, läßt die Befürchtung nicht schwinden, daß, falls der Walzdrahtverband nicht verlängert werden sollte und ein weiterer Kampf im Drahtergewerbe demnach nicht zu umgehen ist, für diese Interessengemeinschaft große Schwierigkeiten kommen werden, weil der komplizierte Apparat im Kampf nicht so schnell arbeiten kann wie die mit guten Verkaufsorganisationen versehenen großen Drahtverfeinerer. Das finanzielle Resultat in einem Kampfe wird deshalb für diese Gemeinschaft sehr schlecht aussehen, und diese schwache Seite in dem Gebilde muß deshalb auch die Führer dieser Interessengemeinschaft veranlassen, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um mit den großen Drahtverfeinerern einig zu werden und demnach an der Verlängerung des Walzdrahtverbandes mitzuarbeiten. Die Interessengemeinschaft an sich hat bis jetzt das Gute gehabt, daß sie den großen Drahtverfeinerern den Ernst der Lage vor Augen geführt und sie veranlaßt hat, die Arbeiten behufs Bildung eines Syndikats der Drahtverfeinerer energisch in die Hand zu nehmen. Auf Anregung der oberbayrischen Eisenindustrie hat in Berlin eine Sitzung stattgefunden, an der sämtliche Werke der Drahtverfeinerung, nämlich: Eisenindustrie zu Wenden und Schwerte, Eisen- und Stahlwerk Hoersch, Felten u. Guilleaumewerke Karlsruhe, Selsenkirch., Gewerksh. Deutscher Kaiser, Düsseldorf Eisen- und Drahtindustrie, Deutsch-Luxemburg, Gutehoffnungshütte - Böcker, W. Ernst Haas u. Sohn, Krupp-Werke, Westfälische Drahtindustrie, Oberdeutsche Eisenindustrie, Osna-brückener Drahtwerk, Phönix, Gebr. Stuman, Friedrich Thomee, E. Böckling u. Co., Westfälische Drahtwerke Langendreer, teilgenommen haben. In dieser Besprechung wurde nach eingehender Diskussion, in welcher wohl alle Werke sich für die Bildung des Syndikats aussprachen, zu Beschluß erhoben, daß den Beteiligungsziffern für diesen Verband die Vergangenheit zugrunde gelegt werden solle und daß die Werke verpflichtet sein sollen, bis zum 21. v. M. die Beteiligungsziffern auf Grund eines Verbandes von 12 hintereinander folgenden Monaten in der Zeit vom 1. März 1912 bis 28. Februar 1914 festzustellen. Als Dauer des Verbandes wurden 5 Jahre in Aussicht genommen. Von dieser Einschätzungsgrundlage soll nach keiner Seite hin eine Ausnahme gemacht werden. Die neu erstandenen Drahtverfeinererwerke: Eisen- und Stahlwerk Hoersch und Deutsch-Luxemburg Abt. St. Ingbert sollen durch eine Kommission besonders behandelt werden; allgemein wurde aber die Ansicht ausgesprochen, daß ein Anschluß derselben nur möglich ist, bei sehr mäßigen Ansprüchen.

Die Forderungen der beiden letzten Werke sind aber gar nicht zu bescheiden. Die „Rh.-W. Ztg.“ schreibt dazu:

„Es dreht sich in der Hauptsache jetzt darum, für die neu hinzugekommenen Werke der Drahtverfeinerung, Hoersch und St. Ingbert entsprechende Beteiligungen frei zu machen. Die beiden Werke stellen natürlich für ihre wie gewöhnlich mit großem Kostenaufwand geschaffenen leistungsfähigen Neuanlagen entsprechende Beteiligungsansprüche; gering sind diese selbstverständlich nicht. Mit 20 000 bis 30 000 Tonnen gibt man sich heute nicht ab; für solche Mengen fängt man nicht erst an zu bauen. Die Leistungsfähigkeit einer Anlage und die Forderungen fangen erst bei 80 000 Tonnen an. Gerade in der Drahterzeugung hat die Technik für die Massenerzeugung außerordentliche Fortschritte gemacht und zu einer erheblichen Ueberproduktion geführt. Es handelt sich also darum, für die beiden Werke in der Beteiligung entsprechende Mengen freizumachen, was nur auf Kosten der alten Werke geschehen kann. Der Phönix sieht seine dominierende Stellung bedroht; es kommt ihm deshalb hart an, zur Großziehung von Nebenprodukten beizutragen und sich auf eine Beteiligung festlegen zu lassen, die seinem Ausdehnungsdrang in der Zukunft gewisse Schranken zieht. Schließlich aber wird er im Interesse der Neu-

ordnung der zerfahrenen Verhältnisse seine etwas ablehnende Haltung aufgeben und den in der Vergangenheit liegenden Einschätzungsmodus annehmen müssen.“

### Die Selsenkirchener Bergwerks- und Hütten-Gesellschaft

Auf der Generalversammlung des vorgenannten Montanriesen machte ein Aktionär (Inhaber eines Berliner Bankhauses) Ausführungen, die geeignet sind, berechtigtes Aufsehen herbeizuführen. Der Aktionär führte nach der Rh. W. Ztg. (419, 1914) aus:

„Man muß sich sagen, daß an dem Rückgang der Preise für Erzeugnisse B gerade die Selsenkirchener Bergwerks-A.-G. die größte Schuld habe, wenn auch die Kosten dieser Uebererzeugung nicht die großen „gemischten“ Werke, sondern die kleinen Gesellschaften zu tragen hätten. Man könne schon heute voraussetzen, daß der diesmalige geschäftliche Druck das Ende vieler „reiner“ Werke bedeuten werde, die entweder ein so unglückseliges Ende nähmen wie die Lothringer Eisenwerke, oder aber froh sein müßten, von irgend einem großen Gegner aufgenommen zu werden. Was ihn veranlasse zu reden, sei die Notlage der „reinen“ Gießereien. Im Geschäftsbericht finde man über diesen sehr wichtigen Erzeugungszweig nur eine Zeile, nämlich: „unsere Radiatoren und Abflußröhren fanden befriedigende Aufnahme“. Die Verständigung zwischen der Selsenkirchener Bergwerks-A.-G. und dem Abflußrohr-Syndikat sei noch immer nicht zustande gekommen. Im Gegenteil gehe die Gesellschaft in der rückständigsten Weise gegen das Abflußrohr-Syndikat vor, indem es mit einem Grundpreis von 10 Mark abwärts abgebe, und die Vertreter der Gesellschaft die Preise des Syndikats stets um 50 Pfg. die 100 Kilo zu unterbieten sich bereit erklären. Ebenso sei es dem Redner bekannt geworden, daß die Gesellschaft sich bemühe, anderen Gießereien die Vorarbeiter wegzufangen. Dies alles seien ohne weiteres belegbare Tatsachen, die um so mehr zu bedauern seien, als die Selsenkirchener Bergwerks-A.-G. mit diesem Vorgehen Uneinigkeit in das ganze Eisengewerbe trage und Interessengegensätze schaffe, welche leicht gefährlich werden könnten; denn der Vorsprung der Selsenkirchener Bergwerks-A.-G. bei ihrem Vorgehen gegen die „reinen“ Gießereien bestehe hauptsächlich in der Ausnützung des Roheisenzolles von 10 Mark für die Tonne und in den Preismaßnahmen des Roheisen-Verbandes, welcher die Forderungen hochhalte, obwohl die Preise für Fertigerzeugnisse gerade wegen der von den großen gemischten Werken geschaffenen Uebererzeugung immer mehr zurückgehen. Man dürfe nicht vergessen, daß in den „reinen“ Gießereien mindestens 400 Mill. Mark angelegt seien, und sehr erhebliche Interessen auf dem Spiele ständen, die es erklärlich machten, wenn sich die Gießereien im Kampfe gegen das Roheisensyndikat und die großen Gruppen zusammenschlossen hätten. Daher könne es für die letzteren sehr bedenklich werden, wenn jetzt die Frage von Aufhebung oder Herabsetzung des Roheisenzolles von einem Teil des Eisengewerbes zur Erörterung gestellt würde, weil sich ja heute, wo die Selbstkosten niedriger sind, als in irgendeinem Wettbewerbsgebiet, der Roheisenzoll weder als Einfuhrzoll noch als Sicherungszoll rechtfertigen lasse. Da aber mit der Frage des Roheisenzolles der ganze Aufbau des Zolltarifs eng zusammenhänge, so werden die „reinen“ Gießereien nur im äußersten Falle darauf zurückgreifen, weil sie noch immer auf Einigung hoffen. Voraussetzung dafür sei es, daß die großen Gruppen nicht noch mehr in das Arbeitsgebiet ihrer besten Abnehmer eingreifen, weil sonst die Regierung zwecks Vermeidung trübsaliger Gebilde nicht werde umhin können, der Frage näher zu treten, ob nicht ähnlich wie für den Warenhausbetrieb auch im Eisengewerbe eine stoffefförmige Erzeugungsteuer eingeführt werden müsse, damit die kleinen Werke nicht völlig von den großen Werken unterdrückt werden.“

### Unterschiede im Steinkohlenstaub und Ergebnisse bei dessen Verwendung im Eisengießereibetriebe

Durch den Zusatz von Steinkohlenstaub oder Steinkohlenmehl zum Modellband (Deckwache) wird dem Sande eine besondere physikalische Beschaffenheit verliehen. Der Grund hierfür ist in der Korngestalt der gemahlenen Steinkohle zu finden, welche man bei größeren Staubforten schon mit bloßem Auge bemerken kann.

Wenn man aber z. B. verschiedene Sorten Steinkohlenstaub nebeneinander auf ein Stück Papier legt und die einzelnen Quantitäten sodann mittels einem Stückchen Glas oder Papier platt drückt und diese unter eine Lupe nimmt, so findet man den Unterschied darin ganz besonders heraus. Fein gemahlene Steinkohle ergibt bei obigem Experiment naturgemäß auch eine schöne glatte Fläche, während grob gemahlene Kohle solch glatte Fläche wie erstere nicht ergeben kann. Der Kohlenstaubzusatz beim Modellband soll nur aus feinstgemahlener Kohle, wirklichem Staub oder Mehl bestehen. Dazu darf ausschließlich nur äußerst gasreiche dagegen aschenarme, also Spezialkohle, Verwendung finden. Jede irgeliebige Kohle ist dazu nicht zu verwenden.

Je feiner der Staub, desto besser, vorteilhafter und inniger vermischen sich in der Sandschleuder (Desintegrator) oder im Siebe dann die einzelnen Staub-Partikeln mit dem Sande. Durch die gleichmäßige Verteilung des Staubes in der Formmasse oder im Modellband werden dementsprechend die Körnchen des Sandes vom Staube umgeben und in der Form auf den Modellflächen eng aneinander gepreßt und gestampft.

Nach dem Eingießen des Eisens in die Form verbrennt der Steinkohlenstaub und bildet sich daraus eine Gaschicht zwischen Gußstück und Form und in den demselben nächstgelegenen Sandschichten, wodurch eine Isolierung herbeigeführt wird.

Bei grobkörnigem Kohlenstaub ist Mischung und Verbindung mit dem Sande mangelhaft, es bilden sich Lücken und erfolgt hieraus ungleichmäßige Verbrennung und Isolierung. Hierbei brennt der Sand stets stellenweise an die Gußstücke fest (Aufritzen) wodurch selbige raue Flächen aufweisen und inselgebeßen weit mehr Putzarbeit erfordern, als bei glattem Aussehen. Häufig wird der Guß dadurch völlig unbrauchbar. Grobkörniger, ungleichmäßiger oder gar aus Eruben abgelaugter, ungemahlener Staub, welcher höchstens den Namen „Kohlengries“ verdient, ist daher niemals dafür geeignet, saubere Gußstücke zu erzeugen und Mißerfolge sind fast ausschließlich der Lohn für die Verwendung desselben.

Aus diesem Grunde ist grobkörniger Staub aus der Gießerei zu verweisen bezw. für Formzwecke vollständig zu verwerfen. Bei richtiger Anwendung von feinstem, aus Spezialkohle hergestelltem Staub gehen, abgesehen von besonderen Umständen, stets saubere und glatte Gußstücke aus den Formen hervor, was die Putzarbeit wesentlich erleichtert, da der Sand schon bei geringer Berührung schalenartig davon abfällt. Der feine Staub bezw. die dadurch bedingte innige Sandmischung hat aber noch den besonderen Wert,

daß die darauf zurückzuführende gleichmäßige Gasentwicklung und Gasbewegung während des Gießens auch das Abgießen der in den Formen befindlichen Wasserampfungen bedeutend fördert und somit die Gewähr für gutes Gelingen der Gußstücke gibt.

Wenn nun dieser aus Spezialkohle hergestellte feine Staub im Vergleich zu grobkörnigen Sorten oder gar Oris im Preise etwas höher erscheint, so ist dabei in Betracht der Gewähr für tadellosen Guß außerdem noch zu berücksichtigen, daß man davon gegenüber grobkörnigeren Sorten, wohl kaum die Hälfte braucht. Mithin ist feingemahlener, erstklassiger Steinkohlenstaub billiger, als minderwertiges Material. U. W.

### Bekanntmachungen des Vorstandes

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 19. April der siebzehnte Wochenbeitrag für die Zeit vom 19. April bis 26. April fällig.

Um die rechtzeitige Einsendung der Abrechnung vom 1. Vierteljahr wird hiermit erinnert. Abrechnung und einzulsendende Gelder müssen bis spätestens 30. April bei Zentrale eingegangen sein. Verwaltungenstellen, die bis zur diesem Termin nicht abgerechnet haben, werden im Verbandsorgan veröffentlicht.

### Aus dem Verbandsgebiet

**M. Gladbach.** Die Generalversammlung unserer Verwaltungenstelle war trotz des regnerischen Märztages befriedigend besucht. Vertreten waren sämtliche Ortsgruppen. Kollege Krey erstattete den Verwaltungsbericht. Er gab einen Rückblick, wie gearbeitet worden sei und rügte verschiedene Mängel, die in Zukunft unbedingt beseitigt werden müssen. Bei der Besprechung des Mitgliederbestandes mußten sich die meisten Kollegen der einzelnen Ortsgruppen geteilt, daß es mit der Agitation besser und mehr wie bisher an die Unorganisierten heranzutreten werden muß, um ihre große Zahl zu lichten. In der Zahlstelle Rhendt ist ein Rückgang zu verzeichnen, was für die Kollegen einer solchen Industriestadt jedenfalls sehr beschämend ist. Dann soll und muß die Hausagitation überall eifriger wie bisher betrieben werden, alle Kollegen sollen mitarbeiten.

Die schönsten Erfolge bei der Hausagitation hatte die Ortsgruppe Bieren zu verzeichnen, und dieses Beispiel sollte auch die Kollegen anderwärts anspornen, sich mit Eifer der Hausagitation zu widmen. (Warum werden denn keine Aufgaben gemacht? Reb.) Die Zahlstelle M. Gladbach hat in ihrer Mitgliederversammlung am 8. März zu einer Agitationskommission gewählt. Es soll durch sie eine fortlaufende planmäßige und systematische Hausagitation das ganze Jahr hindurch ermöglicht werden. Diese Kommission hat die Aufgabe, fortlaufend Adressen unorganisierter Kollegen zu sammeln, und dafür Sorge zu tragen, daß diese aufgesucht werden. Diese Aufgabe fiel bisher allein dem Vorstande und dem Vertrauensmännern zu. Durch die Einsetzung der genannten Kommission werden ihnen eine Anzahl ständiger Mitarbeiter zur Seite gestellt. Der Kassenbestand verzeichnet eine Gesamtsumme von 29 948,40 M., eine Gesamtausgabe von 8643,75 M., sodas 21 304,65 M. der Zentralkasse überwiesen werden konnten.

Rund 5000 M. wurden an Erwerbslosenunterstützung ausgezahlt, davon bei Krankheit 4000 Mark und bei Arbeitslosigkeit 1000 Mark. Die Lokalkasse hatte Ende 1912 einen Bestand von 531,36 Mark, die Einnahmen betragen 5876,43 Mark, die Ausgaben 5884,31 Mark, verbleibt demnach ein Bestand von 523,48 Mark. Wir haben unsere Lokalkasse nicht nur nicht vorangebracht, sondern mehr ausgegeben wie eingenommen. Das muß auch anders werden. Versammlungen sind im verflohenen Jahre im hiesigen Bezirk 360 abgehalten worden, und zwar 24 öffentliche und 98 Mitgliederversammlungen, 173 Fabrik- und Werkstattversammlungen und 65 Vorstande- und Vertrauensmännerversammlungen. Der Besuch der Mitglieder und Branchensammlungen war oft nicht befriedigend.

Hieran knüpfte der Vorsitzende noch einige Erläuterungen zu vorstehendem Bericht und erteilte dann das Wort dem Kollegen Redakteur Soos zu seinem Referate, nachdem die Versammlung sich damit einverstanden erklärt hatte, später in die Diskussion einzutreten, weil der Referent noch in einer anderen Versammlung sprechen mußte. Er behandelte das Thema: „Wo stehen wir in der christlichen Gewerkschaftsbewegung.“ Er erläuterte den jetzigen Stand der Bewegung, welche nun, so alles Hemmende beseitigt sei, wieder frisch aufblühe. So frisch in den letzten Wochen über 6000 Neuaufnahmen zu verzeichnen, ein Beweis, daß der Weg freigegeben ist. Dagegen sei im roten Lager die Mißere größer denn je. Die alten Lockmittel wie: Verelendung der Massen und Zukunftssituaat versingen nicht mehr. Sie versuchten es nun mit anderen Mitteln; Radikalismus, Terrorismus, Klassenhaß und weil das alles nicht den gewünschten Erfolg, gab es eine rote Woche. Auch für die christliche Gewerkschaftsbewegung sind von den Genossen noch manche zu holen, die ihrem Herzen und ihrer Gesinnung nach zu uns gehören, und nur durch den Terror im sozialdemokratischen Lager gehalten werden. Dem roten Terror müssen wir entgegentreten, indem wir die Reihen der Christlichen stärken. Eine stattliche Zahl christl. Gewerkschaftler muß ihnen in jedem Betrieb entgegengestellt werden. Der stürmische Beifall bewies, mit welchem Interesse die Kollegen den Ausführungen des Referenten gefolgt waren. In der Diskussion kamen die Kollegen aus den Sektionen zu Worte. Manche nützliche Winke wurden gegeben.

Zum Schluß ermahnte der Vorsitzende nochmals, in diesem Jahre wieder treu mitzuarbeiten an der Ausbreitung des christlichen Metallarbeiterverbandes, besonders jetzt bei der Hausagitation müßte jeder auf seinen Posten sein, damit sich am Schlusse dieses Jahres die Zahl unserer Mitglieder zum wenigsten verdoppelt habe, und wir konstatieren können, daß jeder Kollege so gearbeitet hat, wie es zur Hebung unseres Verbandes notwendig ist.

**Dortmund.** (Sozialdemokrat. Terrorismus.) Bei der Firma Kengler (Gutenbergsstraße) nahm vor einiger Zeit ein christlich-organisierter Klempner die Arbeit auf. Er wurde bei den Koloniebauten in Dorffeld beschäftigt. Der Vertrauensmann des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes fragte ihn

bei der Arbeitsaufnahme über seine Organisationszugehörigkeit. Als der christlich organisierte Klempner erklärte, er sei Mitglied des christlichen Metallarbeiterverbandes wurde sein Uebertritt gefordert. Diefelbe Forderung wurde am Donnerstag, den 2. April erneut erhoben und als sich der christlich organisierte Arbeiter weigerte, wurde ihm erklärt, daß er dann nur mehr wenige Tage bei der Firma beschäftigt sein werde, am Samstag, den 4. April würden sämtliche Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes seine Entlassung fordern. Es währte gar nicht einmal bis Samstag, sondern schon am Freitag, den 3. April erfolgte die Entlassung des christlich-organisierten Klempners durch die Firma. Dem christlich-organisierten Arbeiter wurden sogar bei seiner Entlassung 10 Mark für abhanden gekommenes Werkzeug von seinem Lohn abgezogen. Von welcher Seite der „Diebstahl“ geschah, darüber kann man sich bei dem Terror, der von roter Seite geübt wurde, seine eigenen Gedanken machen. Das Vorgehen der Sozialdemokraten ist um so verwerflicher als die Klempner und Installateure in Dortmund vor Neuabschluß ihres Tarifes stehen.

Andererseits ist die Frage aufzuwerfen, welche Rolle die Firma Kettner bei dieser Angelegenheit spielte. Wenn die Firma nur sozialdemokratische Arbeiter beschäftigen will, dann mag sie auch ihre Arbeitsaufträge sich von Sozialdemokraten übertragen lassen.

Als den Vorstand des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes sei aber die offene Anfrage gerichtet, wie er sich zu terroristischen Verhalten seiner Mitglieder stellt. Es sollte dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverbande einleuchten, daß durch solche Terrorismusfälle allen Feinden des Koalitionsrechtes Wasser auf die Mühle geliefert wird. In der heutigen Zeit ist das von sehr schwerwiegender Bedeutung, denn alle Vorstöße der Scharfmacher gegen das Koalitionsrecht werden mit dem roten Terror begründet. Wenn der sozialdemokratische Verband seinen Mitgliedern das Terrorisieren nicht abgewöhnen will, dann ist er in erster Linie mitverantwortlich zu machen, dafür, wenn eine Verschlechterung des Koalitionsrechtes erfolgt. Nachher sollen die Metallgenossen aber nicht herkommen und heulen und jektieren über Verschlechterung des Koalitionsrechtes, denn sie sind die Schuldigen.

Unsere Kollegen aber sollten an allen Orten alle Terroristen dem Staatsanwalt übergeben; wer nicht hören will, muß fühlen.

**Reichshofen (Elsaß)** Reichshofen und seine Umgebung gehört zu jenen Gebieten Elsaß-Lothringens, die in landschaftlich schöner Gegend eine blühende Industrie aufweisen. Die Arbeiterschaft aber ist in sozialer und wirtschaftlicher Beziehung zurückgeblieben. Die in Betracht kommenden Werke befinden sich in Reichshofen, Mergweiler, Mutterhausen, Niederbronn und Zingweiler. Die Werke in den zuletzt genannten Orten, sind Eisenwerke und Oefereien. Dagegen werden auf den Werken in Reichshofen Eisenbahnwaggons, Straßenbahnwagen und Eisenbahn-Weichen hergestellt. Sämtliche Werke gehören dem Herrn Baron de Dieblich in Jägerthal. Da die Arbeiterschaft der genannten Werke bis vor kurzem den Weg zur gewerkschaftlichen Organisation noch nicht gefunden hatte, waren die Lohn- und Arbeitsbedingungen auch dementsprechend. Die Hilfsarbeiter verdienen 2,50-2,80 Mark pro Tag. Gelehrte Arbeiter, wie Schlosser, Schreiner usw. erhalten 3-4,50 Mark pro Tag. Von Arbeiter-rechten, Gleichberechtigung usw., ist keine Rede. Die letzten 100 Jahre sind an diesen Werken scheinbar spurlos vorübergegangen. In letzter Zeit ist die Arbeiterschaft aufgewacht und hat sich organisiert. Den Anfang haben vor einigen Wochen die Arbeiter des Reichshofener Werkes gemacht. Nach verschiedenen Versammlungen traten hunderte von ihnen in den christlichen

Metallarbeiter-, Holzarbeiter- und Malerverband ein. Dadurch wurde die Werkstellung nervös. Um die Organisationen zu zerstückeln, erklärte man dem Wirt, in dessen Lokal die Versammlungen stattgefunden haben, daß er entlassen würde, wenn er noch einmal sein Lokal den christlichen Gewerkschaften zu Versammlungszwecken hergäbe. Als der Wirt sein Lokal zu weiteren Versammlungen hergab, wurde er plötzlich entlassen. Sieben andere christlich organisierte Kollegen folgten ihm bald nach. Die Folge der Entlassungen war eine ganz andere, als die Werkleitung erwartete. Die Arbeiter traten nun erst recht den christlichen Gewerkschaften bei.

Das Reichshofener Werk arbeitet fast nur für den Staat. Wegen des brutalen Vorgehens der Werkleitung wendeten sich unsere Kollegen an die verschiedenen Behörden in Straßburg. Der Abgeordnete Kollege Collet stellte im Elsaß-Lothringischen Landtage folgende Anfragen an die Regierung:

„Ist der Regierung bekannt, daß die Firma de Dietrich, Waggonfabrik in Reichshofen, welche viele Staatsaufträge erhält, Arbeiter entlassen hat, weil sie sich der christlich-nationalen Arbeiterbewegung angeschlossen haben, daß ein Arbeiter entlassen wurde, weil er als Wirt sein Lokal zur Abhaltung einer Versammlung für christlich-nationale Arbeiter zur Verfügung gestellt hat?“

Ist der Regierung bekannt, daß die Arbeiter in der Entlassung und deren Begründung einen offenen Verstoß gegen ihr gesetzlich gewährleistetes Koalitionsrecht erblicken und erblicken müssen?“

Was gedenkt die Regierung zu tun, um zu verhüten, daß Arbeiter wegen Ausübung ihres ihnen gesetzlich zustehenden Koalitionsrechts wirtschaftlich geschädigt werden?“

Herr Ministerialdirektor Cronau gab folgende Antwort:

„Meine Herren! Die Regierung hat von den in der Anfrage der beiden Vorredner bezeichneten Vorgängen erst gestern und zwar durch eine Eingabe der christlichen Gewerkschaften Kenntnis erhalten. Nähere Ermittlungen haben auch nicht stattfinden können. Die Regierung ist deshalb zurzeit auch nicht in der Lage, zu beurteilen, ob und wie weit das Verhalten der Arbeitgeber vom Standpunkt der geltenden rechtlichen Vorschriften aus zu einer Beanstandung Anlaß bieten kann und muß sich ihre Stellungnahme bis nach stattgehabter Prüfung der Eingabe vorbehalten.“

Den Kollegen in Reichshofen und den übrigen Arbeitern von den Werken der Firma de Dietrich u. Cie. rufen wir zu: Laßt euch nicht bange machen! Nur festgehalten und nicht eher gerührt bis der letzte Kollege in den christlichen Berufsorganisationen ist!

**Soziales Wohnungsnot**

Von allen Seiten schreibt und redet man gegen den Geburtenrückgang. Daß unserer Wohnungsnot eine große Teil Schuld beizumessen ist, kann nicht bestritten werden. Kinderreiche Familien können kaum eine Wohnung erhalten und der Mißstand wird immer schlimmer. Man verfolge aufmerksam die Tageszeitungen. Da werden „verheiratete, aber kinderlose Eheleute“ gesucht für diesen oder jenen Posten; da werden Wohnungen angepriesen, an „kinderlose Ehepaare“. Von Marienburg las man unlängst, daß der Bote einer Behörde, Familienvater von mehreren Kindern, trotz mehrwöchentlichem Suchen keine Wohnung zu finden vermochte und schließlich seine Behörde angehen mußte, sie möchte ihm eine Wohnung ausfindig machen. Ob das geglückt ist, steht dahin.

Die allertraurigste Nachricht aber kommt aus Dulsburg unterm 2. April: „Der 37 Jahre alte Arbeiter Thyssen, der seit zwei Wochen nach einer Wohnung suchte, aber immer wegen seiner sieben Kinder zurückgewiesen wurde, warf sich aus Verzweiflung darüber, daß Frau und Kinder keine Wohnung hatten, vor einen D-Fug und wurde zermalmt.“

Wir haben es also herrlich weit gebracht. Wir beklagen auf der einen Seite Geburtenrückgang, Volksverlust, und müssen auf der anderen Seite sehen, wie die reichbegabte Familie sich gerettet in der Sorge um ein Unterkommen. Das Profitinteresse der Hausbesitzer bringt kinderreiche Familien in eine verzweifelte Lage. Und wenn die Kommunen die gemeinnützigen Baugewerkschaften unterstützen, dann stellt der Haus- und Grundbesitzerklüngel in den Stadtparlamenten alles auf den Kopf.

In keiner Stadt sind die Hausbesitzer geneigt, kinderreichen Familien eine Wohnung zu vermieten. Der Magistrat in Dortmund sah sich genötigt, für den Dortmunder Spar- und Bauverein die Bürgschaft in bezug auf ein mit 4 1/4 % zu verzinsendes Tilgungsdarlehen von 1500000 Mark zu übernehmen. In der Begründung der Vorlage an die Dortmunder Stadtverordnetenversammlung heißt es: „Nach den Feststellungen der Armenverwaltung sind viele Familien obdachlos, deren notdürftige Unterbringung der Verwaltung die größten Schwierigkeiten bereiten wird, obwohl sie zum Teil in der Lage und gewillt sind, Miete zu zahlen. Besonders sind es die kinderreichen Familien, die kein Unterkommen finden können.“

Unter solchen Umständen hat die bloße moralische Entrüstung keinen Wert. Wer den Geburtenrückgang bekämpfen will, der helfe mit, die Wohnungsfrage für die minderbemittelten, kinderreichen Familien lösen.

**Gelbeingänge bei der Hauptkasse Monat März**

Singen 10, Barmen 400, Waagen 10, Gelsenkirchen 1383.17, Hameln 4.05, Mülheim-Oberhausen 125, Olpe 400, M. Glabbach 600, Düsseldorf 1000, Barmen 550, Bielefeld 150, Ufm 200, Saarbrücken 1068.65, Schramberg 571.87, Neheim 1000, Stettin 180, Schweinfurt 300, Mülheim-Oberhausen 1000, Ravensburg 150, Rottenburg 250, Werbach 500, Bremerhaven 200, Köln 4300, Clausthal 38.08, Siegen 1000, Hamm 1200, Lindau 36.70, Papenburg 140, Hagen 615, Frankenthal 210, Dortmund 1000, Bochum 800, Pforzheim 400, Gelsenkirchen 400, Düsseldorf 2500, Radolfzell 100, Menden 1000, Olpe 400, Osnabrück 290.15, Oker 100, Essen 3000, Neuwied 40.

**Sterbetafel**

Flensburg. Am 24. März starb unser Kollege Hans Jörgen Petersen im Alter von 67 Jahren an einem Lungenleiden.  
 Sterkrade. Am 27. März starb unser treuer Kollege Josef Eigenauer an Herzlähmung im Alter von 40 Jahren.  
 Bielefeld. Unser treuer Kollege August Rehe senior, starb am 27. März, im Alter von 58 Jahren an Blutergiftung.  
 Bisingen. Am 28. März starb unsere liebe Kollegin Kreszentia Kreuzer im Alter von 60 Jahren an Unterleibsleiden.  
 Düsseldorf. Unser treuer Kollege Karl Goebbels starb am 30. März im Alter von 19 Jahren an einem Gehirnleiden.  
 Menden. Am 3. April starb unser lieber Kollege Heinrich Schürmann im Alter von 38 Jahren an Darmchwindsucht.  
 Ehre ihrem Andenken!

**Versammlungs-Kalender**

- Kollegen und Kolleginnen!  
 Versäumt ohne Grund keine Versammlung!
- Samstag, den 18. April.**
- Amst. Abends 8 1/2 Uhr im evangel. Arbeitervereinshaus.
  - Dortmund 2. Abends 8 1/2 Uhr bei Mall, Westermärkstr. 1.
  - Eisenach. Abends 1/2 9 Uhr im „Weimarischen Hof“.
  - Freiburg i. Br. Abends 1/2 9 Uhr im Ganterbräu.
  - Hamburg. Abends 8,30 Uhr bei Willerts, Rohlfshöfen 27.
  - Köln-Chrenfeld. Abends 9 Uhr bei Buschwald.
  - Köln-Stadt. Abends 9 Uhr Bauhofsloffer, zur Ratsmühle.
  - Köln-Denz. Abends 1/2 9 Uhr zur Krone, Freiheitstr. 19.
  - Pforzheim. Abends 8 Uhr Untere Augasse.
  - Solingen. Abends 9 Uhr bei Borghoff.
- Sonntag, den 19. April.**
- Ahl. Abends 8 Uhr.
  - Bocholt. Nachmittags 11 1/2 Uhr im Restaurant „Stadt Münster“.
  - Danzig. Abendkaffe. 11,30 Uhr im Josephshaus.
  - Danzig-Lappot. 11 Uhr im Lappot Hof.
  - Zugbrunn. Nachmittags 10 Uhr im kath. Vereinshaus. Referent: Kollege Konrad.
  - Köln-Echt. Morgens 11 Uhr Heizungsbranche, Ratsmühle.
  - Köln-Heik. Morgens 11 Uhr bei Höttesberg, Breuerstr. 14.
  - Düsseldorf. Nachmittags 3 1/2 Uhr bei Wilmesmeier.
  - Sterkrade. Morgens 11 Uhr bei Landscheidt, Holtenstr.
- Freitag, 24. April.**
- Berlin. Abends 1/2 9 Uhr in Schulz, Festhale, Königsgraben 2.
  - Duisburg-Hochfeld. Abends 8 1/2 Uhr bei Bultmann, Eigenstr.
- Samstag, 2. April.**
- Duisburg-Neudorf. Abends 8 1/2 Uhr bei Schürers, Oststraße.
  - Gütersloh. Abends 8 1/2 Uhr bei Billing, Vortrag: „Die deutsche Arbeiterbewegung“.
  - Köln-St. Abends 1/2 9 Uhr im Palmengarten, Herrenstraße.
  - Köln-Humboldtstraße. Abends 1/2 9 Uhr bei Huth, Nassaustraße.
  - Köln-Stadt. Abends 8 1/2 Uhr zur Ratsmühle, Neumarkt 18.
  - Krefeld-Stadt. Abends 8 1/2 Uhr in der Reichshalle.
  - Wald. Abends 8 1/2 Uhr bei Hymmeschlag.
  - Wermelskirchen. Abends 8 1/2 Uhr bei Köpper, Ratskeller.
- Sonntag, 5. April.**
- Bielefeld. Ortsverwaltung. Nachmittags 3 Uhr bei Debour, Herforderstraße 84. Vierteljährliche Generalversammlung. Vortrag des Landtagsabgeordneten W. Wellbaum. „Sozialdemokratische oder christliche Jugendbewegung“. Nur Mitgliedschaft berechtigt zum Eintritt.
  - Elbing. Vormittags 11 Uhr im Hirtensaal.
  - Karlshagen-Dagobert. Nachmittags 1/2 4 Uhr im Hofhaus zum „Hirt“.
  - Köln-Denz. Sektion der Eisenarbeiter, morgens 11 Uhr, „Zur Krone“, Freiheitstraße 18.
  - Krefeld-Hilt. Morgens 11 Uhr im Lokal Stammes.
  - Krefeld-Selber. Morgens 11 Uhr im Lokal Bogels.
  - Kreuz. Morgens 11 Uhr bei Forager.

25

Unserem Bezirksleiter Kollegen  
**Georg Scherer - Offenbach**  
 und seiner Gemahlin  
 zur  
**Silber-Hochzeit**  
 am 21. April  
 die herzlichst. Glück- u. Segenswünsche.

Verwaltungsstelle Offenbach.  
 Frankfurt am M.  
 Ortsgruppe Münster i. H.  
 Verbandsvorstand und Redaktion schließen sich  
 diesen Glückwünschen an.

Allen voraus sind die **Riepenkerl** -Tabake  
 von **Oldenkott-Rees am Rhein.**  
 überall käuflich!  
 Wegen ihrer außerordentlichen Bekanntheit jedes Hausbesitzer Freund.

Von wohlfürnierten Seiten wenig bemüht  
**Herren-Garderoben**  
 erhalten Sie sehr preiswert vom  
**Garderoben-Verl. d. Haus b. Spielmann**  
 München, Dachauerstraße 1.  
 Frühjahrs-Baletts und Winter von 10 bis 45 Mk.  
 Sacco-Anzüge 1- und 2-reihig von 12 bis 48 Mk.  
 Toppas, Hosen, Wetterkragen etc. etc.

Hier nicht angeführtes im Katalog. Verlangen Sie ohne Verbindlichkeit illust. Pracht-Katalog H gratis und frei. Für nichtkonvenierende Waren erhalten Sie Geld retour.

**Zigarren** in den verschiedensten Preislagen, liefert gut und billig, der gemäßigten Gewerkschaftskollege **Bernhard Terhorst, Rees am Rhein.**

**Aria-Rad**  
 unübertroffen  
 5 Jahre Garantie • Franco Zusendung.

Alle Fahrrad-Zubehöre  
 Filmmaschinen, Waagen, Uhren etc. • beste und billigste Beschaffung

**FRANZ VERHEYEN, Frankfurt**

**Teilzahlung**  
 Uhren u. Goldwaren,  
 Photo-, optische  
 Artikel,  
 Sprechmaschinen,  
 Musikinstrumente,  
 Spielwaren, Zithern  
 u. s. w.

Kataloge gratis und franco liefern  
**Jonass & Co. BERLIN A. 741**  
 Belle-Alliancestr. 3

**Prima Nusschinken**  
 per Pfd. 1,20 Mk. Durchwacht.  
 Speck, p. Pfd. 85 Pfg. Mettwurst, hart, Brechwurst, Leberwurst p. Pfd. 70 Pfg. Kaiserjagdwurst und Brechwurst per Pfd. 90 Pfg. Cervelatwurst u. Salami per Pfd. 1,20 Mk. empfängt per Nachnahme

**Carl Böger, Wurstfabrik, Gießen.**

**Neu! Bruchleidende Neu!**  
 Wohltat und Hilfe. Aufheilung hinwink. Viele Dankschr. Aufklärende Broschüre V geg. 30 Pfg. in Mark. - Schievelkamp's Bandag. • Versandhaus, Duisburg 132, Königstr. 38.

**Kollegen!**  
 Agitiert für den  
 Verband.

**Strümpfe**  
 Sporthemden, Sweaters, poröse Leibwäsche und Strickgarne beziehen Sie direkt (Illustr. Preislisten sonst frk.) a. d. Strumpf- u. Garnfabrik in Erturt F. 258.